

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 24 (1910)

166 (19.7.1910)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-532117](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-532117)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgelde.

Mit Sonntagsbeilage.

Insertate werden die fünfgeheften Korpuszettel oder deren Raum für die Interessenten in Thüringen-Mittelthüringen und Umgebung, sowie der Vorklagen mit 15 Pfg., für sonstige auswärtige Inserenten mit 20 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Insertate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Priesterstraße 20/22. — Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven.

Filiale in Seppend: Klauenstraße 21. Fernsprecher 530.

24. Jahrgang.

Bant, Dienstag den 19. Juli 1910.

Nr. 166.

Wann kommt die preussische Wahlrechtsvorlage.

Nach dem Scheitern der Wahlrechtsvorlage im preussischen Landtag stellt sich die konservative Partei auf den Standpunkt, daß das Wort der Thronrede durch die bloße Einbringung der Vorlage erfüllt und die Wahlrechtsfrage für absehbare Zeit erledigt sei. Jetzt scheinen sich die Konservativen, oder wenigstens ihr Berliner Hauptorgan eines anderen Besonnen zu haben; denn die Kreuzzeitung schreibt in einer Polemik gegen einen Artikel der Reichs-Korrespondenz, in dem die Einbringung einer neuen Vorlage „in allerhöchster Zeit“ angeht, folgendes:

Uns ist im Gegenteil bekannt, daß die Regierung über den Zeitpunkt, in dem sie eine neue Wahlrechtsvorlage einbringen will, noch nicht schlußig ist; wie vermuten auch stark, daß sie sich vor der Einbringung nach Möglichkeit mit den Parteiführern verständigen wird, um ein positives Resultat zu erzielen.

Daraus geht hervor, daß die Regierung Bethmann-Hollweg einen neuen Wahlreformversuch für unermüdlich hält, und daß man sich im konservativen Lager mit dieser Unermüdlichkeit schon abgefunden hat. Die Frage, die die preussischen Staatsweisen demütigt, ist nur die, ob es angezeigt ist, den neuen Versuch zur Bekundung des rechtsforbenden Volkes — nur darum kann es sich bei der gegenwärtigen Zusammenkunft der preussischen Regierung handeln — noch vor den Reichstagswahlen von 1911 oder erst nach ihnen zu unternehmen.

Wäre die Wahlreform in der Parlamentarisation 1910/11 aus, wird die Entscheidung der wichtigsten Aufgabe der Gegenwart wiederum in eine unbestimmte Zukunft verfrachtet, so wird der Unmut der Massen nur noch wachsen und der Wahlerfolg der Sozialdemokratie wird um so größer werden.

Wird aber der Versuch einer Wahlreform wiederholt und mißlingt er, oder, was noch schlimmer ist, gelingt es, eine Scheiternsform zu bringen, in der die Wahlrechtsbewegung als Tamm entgegenzusetzen, dann wird die Aufregung und der sozialdemokratische Wahlerfolg nur noch größer werden.

Das gilt ganz besonders für den Fall, daß wirklich jenes Ueberrumpelungsmandat unternommen werden sollte, dessen Plan von der Kreuzzeitung vorläufig, aber immer noch so offenkundig angeordnet wird. Man will die „Partei-führer“ zu geheimen Konventionen berufen, hinter den Kulissen eine Einigung herbeiführen und dann das in der Dunkelheit zusammengebrachte Werk mit Hypophosphur von den Statisten des Plenums annehmen lassen. Ein derartiges Verfahren würde die Massen des preussischen Volkes nicht nur nicht befriedigen, sondern sie sogar gerade umgekehrt, in die helle Empörung hineintreiben; denn wenn das Volk, dank der preussischen Verfassung, schon kein Recht hat, über das Grundgesetz des Staates zu beschließen, so darf ihm das nationale Recht, über eine so wichtige Reform zu beraten, sie in der Presse und in den Versammlungen ausgiebig zu diskutieren, nicht obendrein auch noch genommen werden. Hat die preussische Regierung ein gutes Gewissen, dann mag sie mit ihrer Wahlreform am hellen Tage kommen, nicht aber wie der Dämon der Nacht.

Der Standpunkt der Sozialdemokratie ist von vornherein gegeben. Sie verlangt das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht und zwar sofort. Glaubt die Regierung diese Forderung nicht erfüllen zu können, so mag sie sehen, wie weit sie kommt; an der Pflicht, dem Landtag gleich nach seinem Wiederzusammentritt eine neue Vorlage zu unterbreiten, darf sie sich auf keinen Fall vorbeibrücken. Herr v. Bethmann-Hollweg rechnet ja gewiß, wie alle übrige Welt mit der Wahrscheinlichkeit, daß er nach den nächsten Reichstagswahlen nicht mehr Reichstanzler und Ministerpräsident sein wird, daß er also, wenn er nicht schon in diesem Winter mit einer neuen Vorlage kommt, überhaupt keine Gelegenheit mehr finden wird, die Rielenblamage von 1910 wieder gut zu machen. Schon darum müßte er, wenn er nicht den Ehrgeiz hat, als der lächerlichste, unfähigste Reichstanzler in die Geschichte überzugehen, alle Kräfte zusammenreihen, um noch vor seinem Ende irgend etwas zustande zu bringen. Allerdings würde Herr v. Bethmann-Hollweg durch eine neue Vorlage nie und nimmer die Frage zum Verstummen bringen, die das Volk allen Laufbahnverläufen zum Trost immer dringender und leidenschaftlicher erhebt:

Wann kommt die preussische Wahlrechtsvorlage, die dem Volk das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht bringt?

Politische Rundschau.

Bant, 18. Juli.

„Wer knecht ist, soll knecht bleiben!“

Der Zentrumsbischof v. Heule, der im bayerischen Reichstag dem Knecht Paulus diesen schändlichen Satz unterwarf, um ihn als Grundregel christlicher Sozialpolitik zu feiern, hat den lebhaftesten Beifall der Kreuzzeitung gefunden. Trotz Bismarckensystem ist die Gemeinschaft des christlichen Geistes, als welche der schwarzblaue Blod von der Germania hingestellt worden ist, wieder in schäblicher Einigkeit beisammen. Für den bayerischen Verfassungsmittler von Frauenvorber aber, der im Reichstag erklärte, die Sozialdemokratie könne durch Gewaltmaßnahmen ebensowenig unterdrückt werden, wie es seinerzeit gelungen sei, das Christentum mit Gewalt zu vernichten, gibt es keinen Platz in der Gemeinschaft der Heiligen und Reinen. „Mit Recht“, schreibt das preussische Junkerblatt, „hat darauf der Bischof von Heule geantwortet, zwischen Christentum und Sozialdemokratie gebe es keine Analogie, sie hätten nicht die geringste Beziehung oder Verbindung.“

Soweit hier das „Christentum“ der protestantischen Kreuzzeitung und des katholischen Bischofs von Heule gemeint ist, gibt es allerdings keine Berührung zwischen Christentum und Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie würde jede Berührung mit einer Lehre, die das ewige Anechtum und die ewige Anechtsgewinnung vertritt, als eine Verhöhnung empfinden. Die Ehrlichkeit gebietet aber anzuerkennen, daß es Tausende gläubiger Christen, katholische wie protestantische, gibt, die nicht auf dem Standpunkte der Kreuzzeitung und des Bischofs von Heule stehen, und die, ein jeder im Einzelgespräch, jede Gemeinschaft mit den pseudo-paulinischen Anschlüssen des bayerischen Seelenhüters ablehnen werden. Ob sie aber den Befremdung haben, ihre abweichende Meinung offen auszusprechen, das ist freilich einwillen noch fraglich.

Uns scheint die Reichsratsrede des Bischofs von Heule weit wichtiger zu sein, als die beliebte Bismarckensystem, die schon so vielen evangelischen und anderen Christen erwünschte Gelegenheit zu sündenden Männerreden gegeben hat. Ein bayerischer Bischof gilt uns in deutschen Reiche nicht weniger als ein römischer Papst. Und während der Papst sich darauf beschränkt hat, in seinem Schreiben verächtliche Fragen aufzuzählen, die uns recht kalt lassen dürften, greift der Bischof von Heule mit seinem Wort mitten in die lebendige Gegenwart hinein. Es läge also allen wirklich Christen nahe, den den Engelstarnumel schenkt abzubrechen und an seiner Stelle eine ernsthafte Protestbewegung gegen den bayerischen Bischof und seine preussischen Bewunderer zu unternehmen. Denn nicht aus den ohnmächtigen Deklamationen eines priesterlichen Janaklers sondern hier, aus der realpolitischen Verbindung zwischen der römischen Hierarchie und dem protestantischen Herrertum Ostelbens, droht dem deutschen Volke wirkliche Gefahr geistiger Verfinsternung und leiblicher Vernechtung. Der Gott des Bischofs von Heule und der Kreuzzeitung kann aber doch unmöglich der Gott der „christlich-nationalen“ Patrioten sein, sonst könnten sie nicht lingen:

Der Gott, der Eisen wachsen ließ,
Der wollte keine Anecht!

Die ober-schlesischen Großindustriellen gegen die sozialpolitische Gesetzgebung.

In dem soeben erschienenen Jahresbericht 1909 der Handelskammer für den Regierungsbezirk Oppeln (Ober-schlesien), in welcher die kleine, aber mächtige Gruppe der ober-schlesischen Berg- und Hüttenmagnaten den ausschlaggebenden Einfluß ausübt, wird der Unwille der ober-schlesischen Großindustriellen, nachdem die Novelle zur Gewerbeordnung, das Hausarbeitgesetz, das Arbeitsamtergesetz und die Reichsversicherungsordnung kurz getreift werden, im folgenden Gesamturteil zum Ausdruck gebracht:

Im Hinblick auf all diese neuen Vorlagen sozial-politischer Gesetzgebung haben Handel und Industrie den dringlichen Wunsch, daß die sozialpolitische Gesetzgebung nicht wie bisher der Sozialdemokratie ständig weitere Gelegenheit biete, die Arbeiterbevölkerung agitatorisch zu verlegen, und daß bei allem Wohlwollen (?) der Industrie für ihre Arbeiter vor allen Dingen endlich einmal Stillstand in der Gesetzgebung eintreten möchte. Handel und Industrie bedürfen dringend eines nicht zu kurz zu bemessenen Rahmens der Gesetzgebungsmächte auf sozialem Gebiete, um sich in die erfolgten Umwälzungen allmählich einzuleben. Die durch die sündigen neuen Gesetze bedingten Störungen des Erwerbslebens müssen und werden

schließlich im letzten Ende auch für die Arbeiter selbst nachteilige wirtschaftliche Folgen haben.

Wegen der letzteren Beforgnis brauchen die ober-schlesischen Großindustriellen sich ihre Köpfe nicht zu zerbrechen.

Deutsches Reich.

Berlin, 18. Juli. Der hiesige japanische Botschafter hat dem auswärtigen Amt im Auftrage seiner Regierung eine Note übermittelt, durch welche der deutsch-japanische Handels- und Schifffahrtsvertrag und der Konsularvertrag vom 4. April 1896 sowie die Nachtagskonvention nebst Tarif zu erstem Vertrage vom 26. Dezember 1898 zum 17. Juli 1911 gefällig wird.

Zur Präsidentenfrage im Reichstag wird gemeldet, daß die Nationalliberalen nach wie vor auf dem im November festgelegten Standpunkt stehen, keinesfalls eins ihrer Mitglieder in das Reichstagspräsidium eintreten zu lassen. Tagungen soll die Reichspartei nicht abgelehnt sein, den 2. Vizepräsidentenposten zu besetzen. Es wird sogar neben dem schon im vorigen Jahre in Aussicht genommenen Abg. v. Damm von der Wirtschaftlichen Vereinigung noch der konservative Vertreter von Kottbus-Premerberg v. Tirffsen als Nachfolger Hohenzollerns genannt.

Die Aussichten der neuen Strafprozeßordnung. In der Justizkommission soll man zu der Ansicht neigen, daß wenig Aussicht vorhanden sei, daß die Novelle zur Strafprozeßordnung noch vom alten Reichstag verabschiedet werden dürfte. Die Regierung lege viel mehr Wert darauf, die Reichsversicherungsordnung noch vor den Neuwahlen zustande zu bringen. — Die Strafprozeßkommission vertagte sich bis zum 20. September.

Ein Pflaster auf die Wunde. Wassermann scheint für die nationalliberalen Schafmacher bereits abgetan. Um ihm aber den Abgang etwas zu versüßen, haben die saarbrückischen Nationalliberalen ihm den folgenden Beschluß zugehen lassen: „Der Hauptvorsitz des nationalliberalen Vereins für den Wahlkreis Saarbrücken spricht dem Reichstagsabgeordneten Wassermann sein lebhaftes Bedauern aus über die ungerechten Angriffe, die gegen seine parlamentarische Tätigkeit in der Presse erhoben worden sind, und verleiht ihm seines einmütigen und uneingeschränkten Vertrauens. Er bedauert den Beschluß des Abgeordneten, ein Reichstagsmitglied nicht mehr annehmen zu wollen, und gibt sich der Hoffnung hin, daß seine unersehene Kraft noch der Partei erhalten bleibe.“ — In einer nicht-parlamentarischen Stellung scheint er ihnen weniger anständig zu sein.

Freikonservative Wahlrechtsfinden. Im Rechenschaftsbericht, den die freikonservative Fraktion des preussischen Landtags soeben veröffentlicht, wird natürlich der Wahlrechtsfrage ein breiter Raum gewidmet. Kennzeichnend ist ein Passus über die Haltung der Fraktion bei der Wahlrechtsfrage. Er lautet: „Sie hat, wenn auch ein positives Ergebnis nicht zu erzielen war, wenigstens erreicht, daß die Wahlreform nicht in einer Gestalt zustande kam, welche lediglich eine Etappe auf dem Wege zur Einführung des Reichstagswahlrechts gebildet haben würde. Sie hat sich dadurch um den Staat wie um die konservative Sache ein dauerndes Verdienst erworben.“ — Mit so brutaler Offenheit haben sich die Freikonservativen bisher noch nie als die Feinde des Reichstagswahlrechts bekannt. Für den kommenden Reichstagswahlkampf ist dieses Zugeständnis von nicht unerheblicher Bedeutung.

Frankeich.

Der Rochetteffandal und seine Unternehmung dürfte doch recht unangenehm für die Pariser Polizei ausfallen. Dem B. L. wird über die Tätigkeit der Untersuchungskommission geschrieben: „Die Kommission hat schon am ersten Tage unter dem Vorsitz von Jaurès gute Arbeit gemacht. Aus den Vernehmungen des Herrn Yves Durand und des Staatsanwalts Komter geht hervor, daß die Verhaftung Rochettes nicht erfolgt wäre, wenn sich nicht der zweifelhaft Herr Bichereau als Richter gefunden hätte. Es ist weiter nicht mehr zu bestreiten, daß Bichereau von der Polizei zu seiner Klage mit Hilfe des Ehrenmannes Gaudrion veranlaßt wurde, und daß Gaudrion seine Kenntnis der bevorstehenden Verhaftung dazu benutzte hat, über eine Million Francs an der Börse zu verdienen. Schließlich hat sich noch ergeben, daß der Rabinetsdirektor des Polizeipräsidenten den Befehl erhielt, innerhalb 24 Stunden einen Ankläger heranzuschaffen und diesen Befehl ausführte, ohne sich um die Qualität des Anklägers oder um die Begründung der Klage zu kümmern. Er war der Ansicht, das sei Sache der Staatsanwaltschaft, während wieder der Staatsanwalt glaubte, daß ein von der

Vollziedktion empfohlener Bürger über jeden Zweifel erhaben ist.

Die Kommission hat sich nach diesen Feststellungen bis zum 26. Juli vertagt und für diesen Tag Herrn Röhne vorgeladen, um zu fragen, von wem er den Antrag zur Einleitung der Klage gegen Röhne empfing, und was ihn zu so gewaltsamer Beschimpfung veranlaßt. Da inzwischen schon Clemenceau seinen Anteil an der Angelegenheit übergeben haben dürfte, wird die Untersuchungskommission Ende Juli wenigstens über die Sachlage im klaren sein. Zu untersuchen bleiben dann noch die geschäftlichen Zusammenhänge der Affäre. Erwähnt sei noch, woran von Anfang an niemand gezweifelt hat, daß der damalige Justizminister Briand in keiner Weise bei der Verhastung Röhnes beteiligt war. Die Auslage des Staatsanwalts Romier bestätigt und bekräftigt die Angaben, die Briand am 11. Juli vor der Kammer gemacht hat.

Spanien.

Die **Ferrer-Debatte** dauert in der Deputiertenkammer fort. Am Freitag kam der Führer der Radikalen, Verroux, zum Wort. Er erhob schwerwiegende Anklagen gegen die konservative Partei und schloß sich an die Politik der Sozialisten an. Er schloß sich an die Politik der Sozialisten an. Er schloß sich an die Politik der Sozialisten an. Er schloß sich an die Politik der Sozialisten an.

Ein **Verfchwörungsskandal**. Die Londoner Morning-Post meldet aus Madrid, daß man in Valladolid einer anarchoischen Verschwörung gegen den König von Spanien auf die Spur gekommen sei. Die Verdächtigten verhaftet in Saragossa einen Anarchisten und fanden in seiner Wohnung Dokumente, die ihn sehr belasten sollen. Weitere Hausdurchsuchungen sind angeordnet worden.

Persien.

Ein **politischer Mord in Teheran**. Der Abgeordnete Seyid Abdollah, der als Reaktionär und Russenfreund bekannt war, ist in der Nacht vom Freitag auf Samstag von fanatischen Revolutionären ermordet worden. Seyid Abdollah gehörte zu den Beratern des abgesetzten Schahs Mohammed Ali, welche die Konstitution befehligen wollten. Auch unter dem neuen Regime hat er eine politische Rolle gespielt. Ihn vor allem machte man dafür verantwortlich, daß das persische Parlament bisher nicht zu entscheidender Tätigkeit gelangt ist. Seine Ermordung hat unter den hiesigen Revolutionären lebhafteste Beunruhigung geweckt.

Indien.

Die **revolutionäre Bewegung** hält die Polizei fortgesetzt in Tätigkeit. Fast täglich finden Verhaftungen eingetragener Redakteure statt, die revolutionärer Gesinnung beschuldigt werden. Ebenso werden viele Zeitungen ganz unterdrückt oder von anderen einzelne Nummern konfisziert. Auch im Inneren des Landes, wo wiederholt räuberische Überfälle stattfanden, die wohl auf politische Beweggründe zurückzuführen sind, haben zahlreiche Verhaftungen von Hindus der gebildeten Stände stattgefunden.

Alte politische Nachrichten. Das Ermittlungsverfahren gegen die Bremer Lehrer ist resultatlos verlaufen. — In Mailand bringen die die Verbreitung des Pariser Journals „Le Travail“ an. — Der internationale Eisenbahnkongress hat am Samstag seine Schlußsitzung abgehalten. Der nächste Kongress findet in Berlin statt. — Der deutsche Kaiser wird dem norwegischen Volke eine Freijahresruhe bewilligen. Diefelbe soll am Sonntag bei dem Freijahresfest aufgestellt werden. — Die Reichswehrmacht werden die zweiten Stationen. — In Wien wurde ein englischer Fischhändler von einem russischen Rauschbrenn beklagt. — Der spanische wurde verhaftet und roh behandelt. In England herrscht darüber Enttäuschung. — Der Guerillakrieg in Albanien dauert noch fort. Es sind in den letzten Tagen mehrere Bandenführer verhaftet worden. — In Bilbao, Spanien, ist ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen. — In der Republik Columbia. — Ein gewisser Carlos Restrepo zum Präsidenten gewählt worden. — Der Regent von China hat sich genötigt, die Vertreibung der jungchinesischen Partei, worin die Einberufung eines Parlaments verlangt wird, zu berücksichtigen.

Parteinachrichten.

Zum badischen Parteistreit.

Die **Budgetbemüßigungserklärung** der badischen Landtagsfraktion unserer Partei und ihre Wirkung auf die Partei beschäftigt natürlich die Parteipresse wie auch die bürgerlich politische Presse. Weiter unten finden unsere Leser eine Anzahl Preßstimmen abgedruckt.

Wir wollen heute nur noch kurz dazu bemerken, daß auch wir außerordentlich bedauern, daß sich unsere Parteigenossen im badischen Landtag über den Nürnbergger Parteitagbeschlüß hinweggesetzt und in dieser für uns zu politischer Tätigkeit so überaus günstigen Zeit, einen Zeitstreif hervorgerufen haben. Wir bezweifeln keinen Augenblick, daß die Fraktion in der besten Absicht, der Partei zu dienen, gehandelt hat; aber der innere Friede, die Einheitsliebe im Handeln, die Disziplin sind Güter der Partei, die nicht zerstört werden dürfen, wenn nicht die Partei auseinanderbrechen soll.

Der positive Erfolg, den die badischen Genossen glauben errungen zu haben, liegt in keinem Verhältnis zu der Bewegung in der Partei. Wir mögen die Vorgänge in Baden noch so wohlwollend betrachten, so können wir nicht einsehen, daß der Regierung ein demonstrierendes Vertrauensvotum zu geben notwendig war.

Es genügt nicht, daß ein Minister und ein Prinz erklären, wir akzeptieren die Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Gemeinden, wir können ihre Mitarbeit, sondern, die Regierung muß mindestens ohne Einschränkung auch den

Sozialdemokraten die staatsbürgerliche Rechtsgleichheit zuerkennen, wie sie die Ultramontanen und den Nationalliberalen trotz aller Zuneigung zu den einen und der Abneigung zu den anderen ausgeht. Diese Rechtsgleichheit geht aber auch die badische Regierung der Sozialdemokratie nicht zu. Der Kampf um die demokratische Gemeindeverwaltung wird nicht durch die reformatorischen Neigungen eines Ministers entschieden, sondern durch die Festigung der Macht des Grundbesitzes in der Gesetzgebung und Verwaltung. Bei uns in Oldenburg wird wie in anderen Vaterländern jeder Versuch der Sozialdemokratie, das Selbstverwaltungsgesetz in der Gemeinde wirklich durchzuführen und mit kommunalpolitischem Teil zu nehmen, von allen Parteien zurückgewiesen, von den Reaktionen aus dem Bund der Landwirte und dem Zentrum freilich mit Beschleuderungen beantwortet. So war es auch jetzt in Baden. Das Zusammenarbeiten von Liberalen und Sozialdemokraten bei Wahlen wie im Parlament, um die Klerikal-konservative Reaktion im Reichstage und in den Landtagen zu brechen, halten auch wir für notwendig und für gut, doch dürfen die Liberalen nicht verlangen, daß wir Sozialdemokraten unsere republikanischen Grundzüge und sozialistischen Forderungen verleugnen. Wollen die liberalen Parteien mit uns gehen, soweit und so lange es im Interesse beider möglich ist, so müssen sie uns nehmen wie wir sind.

Unsere Parteigenossen im badischen Parlament glauben, wie uns scheint, von den Liberalen den selben Gehör nehmen zu müssen, daß sie mit limitierter Gemeinschaft gemacht haben. Das ist falsch und kann nur zu Enttäuschungen führen. Darum müssen auch wir aus diesem Grunde ihr Verhalten mißbilligen.

Im nachfolgenden veröffentlichen wir einige Preßstimmen.

Der Vorwärts bedauert im Interesse der Einheitlichkeit und der Disziplin der Partei in einem Leitartikel seiner Sonntagsnummer nochmals die badische Budgetbewilligung, verweist einleitend auf die Nürnbergger Parteitagdebatte und geht dann näher auf die Budgetbewilligung ein: „... In Deutschland, und nur hier allein besteht das Dogma, es sei eine Pflicht aller Parteien, stets und unter allen Umständen das Budget anzunehmen. Das Dogma ist von den Regierungen erfunden worden, von diesen Bureaufakten, die darin mit Recht die wichtigste Vorbedingung ihrer Unabhängigkeit sehen. In England oder Belgien oder Frankreich oder auch Oesterreich würde die bürgerliche Opposition einfach höhnlachend die Zumutung zurückweisen, für das Budget der ihr feindlichen Regierung zu stimmen. Das geht so weit, daß etwa die liberale Regierung Englands moralisch bankrott würde, wenn die Konservativen für das Budget stimmten. Die Regierung erscheint als Gefangenener ihrer Feinde und mühte in kürzester Zeit zurückzutreten.“

Wäre die bürgerliche Opposition Deutschlands nicht so völlig verkrüppelt, so wäre auch für sie dieser Standpunkt selbstverständlich. Der bayerische Etat z. B. zeigt deutlich die Herrschaft des Zentrums; nichts natürlicher, als daß die Liberalen einen solchen Etat ablehnten. Dasselbe ist im Reich der Fall; der Etat spiegelt, schon weil er auf der letzten Finanzperiode beruht, die Herrschaft des Schnapsbrotts wider; die liberalen Parteien mühten ihn zu verweigern. Die allgemeine Zustimmung zum Etat ist, es die abstoßendste, unparlamentarische Regierungssystem im Reich wie in den Einzelstaaten überhaupt erst möglich macht. Ohne Etat kann die Regierung nicht existieren; der Etat wird ihr aber nur von der Regierungspartei bewilligt; sie wird damit abhängig von der Partei — eine parlamentarische Regierung. Zugleich wird die regierende Partei von dem Volke mit der ganzen und ungeteilten Verantwortung belastet. Es ist der wertvollste Bestandteil des parlamentarischen Budgetbewilligungsrechts, daß das Budget abgelehnt werden kann, und zwar in seiner Gesamtheit. Erst das und das allein gibt dem Parlament Macht über die Regierung. Wer das in Worte stellt, ist der Feind des parlamentarischen Regierungssystems oder hat von dessen parlamentarischen Bedingungen keine Ahnung.“

Das ist einmal die Annahme des Budgets durch alle bürgerlichen Parteien wie in Deutschland befehligt, so löst das Budget aus, ein Kampfbild zu sein. Die Regierung ist der Annahme stets sicher, sie hat nicht den mindesten Grund, auf die einstimmige Annahme besonderes Gewicht zu legen. Ob die Annahme mit Dreiviertelmajorität oder einstimmig erfolgt, hat keine irgendwo reale Bedeutung, und der Minister mühe sich nicht zu verhehlen, dessen oberstes Gebot gerade nur durch eine einstimmige Annahme bekräftigt wird. Und während die Budgetfrage außerhalb Deutschlands immerhin enger Erörterung unterliegt, weil die Budgetabstimmung über das Schicksal der Regierung entscheidet, also diese von der Sozialdemokratie bis zu einem gewissen, allerdings wegen des sofort einsetzenden Widerstandes der bürgerlichen Parteien stets sehr beschränktem Grade abhängig machen kann, ist in Deutschland die Regierung von vornherein unabhängig. Die Budgetbewilligung verleiht jeden politischen Sinn, die Politik der Bewilligung wird völlig fiktional und imaginär. Es bleibt wirklich nichts übrig, als die Spekulation auf das öffentliche Bedürfnis des Ministers oder eines in den realen politischen Verhältnissen unerfahrenen Monarchen. Man bekräftigt eine Marotte, um Regierung und Krone bei guter Laune zu erhalten. Und weil man nicht sicher ist, diese gute Laune durch eine gerade für die also Geachtene bedeutungslose Abstimmung wirklich zu sichern, macht man einen Schritt weiter — den Schritt zu Hofe. Dem Budgetbewilligung und Hofgang gehören in Deutschland unbedingt zusammen. Sie entspringen derselben Quelle, der Ueberzeugung, die proletarischen Interessen zu fördern, indem man Regierung und Krone durch persönliche Liebenswürdigkeiten günstig stimmt.“

Hamburger Echo: Die Badenser Parteiparlamentarier haben doch wohl auch die Pflicht, sich Parteitagbeschlüssen zu fügen. Der Parteitag in Nürnberg hat vor zwei Jahren nach langen, heftigen Auseinandersetzungen be-

schlossen, daß die damals zur Erörterung stehende Budgetbewilligung in Baden, Württemberg und Bayern nicht mit den in Ulm und Dresden beschlossenen Resolutionen vereinbar sei, daß grundsätzlich die Verweigerung des Budgets aufrecht erhalten werden müsse. Danach dürfte man, trotz der von den Süddeutschen verfochtenen gegenteiligen Auffassung, wohl annehmen, daß sie sich dem Parteitagbeschlüß fügen würden. Statt dessen haben jetzt die badischen Abgeordneten in einer Form das Gegenteil getan, die wie eine direkte Provokation der Gesamtpartei aussteht. Sie geben Gründe an, die sie verantwortlich machen, gegen das Budget zu stimmen, und stimmen dann für dasselbe. Das ist eine Art des Verfälschens, wie es bisher in der Partei noch nicht dagewesen ist, und sicher wird unter den Parteigenossen helle Entrüstung über diese absichtliche Nichtachtung der Parteitagbeschlüsse entstehen.“

Leipziger Volkszeitung: „Es hat kaum Zweck, über die neueste Affäre der badischen Preßstimmen noch viele Worte zu verlieren. Die große Mehrheit der Genossen hat es nun endlich satt, sich noch länger von den stolzen, Front und Genossen drohender zu lassen, und verlangt, daß endlich einmal auf die vielen Worte, die schon in der Budget- und mancher anderen Frage vergeudet worden sind, entsprechende Taten folgen. Der sich selbst konsequent außerhalb der Parteibeschlüsse stellt, soll auch die Konsequenzen tragen. Nur noch ein Wort zu dem Verhalten der drei Genossen, die sich bei der Budgetabstimmung aus dem Saale entfernten. Wir meinen, es wäre Pflicht der Betroffenen gewesen, ihrer von der Fraktionsmehrheit abweichenden Ansicht durch die Abstimmung klar Ausdruck zu geben, umso mehr, als sie damit nur den Parteibeschlüssen Rechnung getragen hätten. Ein Befehlsverweigerer, der der klaren Entscheidung aus dem Wege geht, kann kaum Bewunderung erwecken.“

Dresdener Volkszeitung: „Es ist ersichtlich, daß die sozialdemokratische Fraktion unter dem Eindruck besonderer politischer Vorkommnisse den Entschluß, ihre zuvor beschlossene Haltung zu ändern, sehr schnell gefaßt hat. Unschön hat die überaus reaktionäre Haltung der ersten Kammer und andererseits die verhältnismäßig entgegengesetzte Haltung des Regierungsvorstehers Ministers v. Bodmann unsere Parteigenossen zu der Ansicht gebracht, daß es in solcher Situation nicht angängig sei, von unserer Seite der Regierung durch Ablehnung des Finanzgesetzes das schärfste Mittel anzugreifen.“

Wir bezweifeln, ob es wohlgetan ist, bereits gefaßte Entschlüsse so schnell umzuändern. Man muß doch annehmen, daß der zuvorige Beschluß der Fraktion, das Budget abzulehnen, ein wohlwogener war. Dann aber ist es doch sehr bedenklich, sich von Ereignissen des Augenblicks, wenn sie auch von Bedeutung sein mögen, alles schnell und alles weit umstimmen zu lassen. Es ist dies aber um so bedenklicher, wenn es sich um eine politische Aktion handelt, die in unserer Partei so stark umstritten ist, wie die Frage der Zustimmung zum Budget in den Einzelstaaten.“

Auch andere nord- und mitteldeutsche Parteiblätter sprechen sich mehr oder weniger scharf gegen die Badenenser, während eine Anzahl Parteiblätter mit ihrer Kritik zurückhalten, um erst die Begründung der Genossen im badischen Landtage zu hören; andere wieder wünschen, daß das Vorkommen nicht zu einer Staatsaktion gemacht wird. Von den süddeutschen Preßstimmen registrieren wir folgende:

Frankfurter Volksstimme: „Auch wir halten nicht bloß die letzte Abstimmung unserer badischen Genossen, sondern ihr ganzes Verhalten in Sachen der badischen Gemeindevahlreform nicht für sehr glücklich, weil sie es unterließen, irgendeine umfassendere Bewegung für das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht zu entfesseln und sich sehr schnell mit weniger als Halbheiten zufriedengaben. Deshalb konnte dann der badische Ministerpräsident so wohlfeile Vorbehalte als Verteidiger einer laatsamännlich gemäßigten Sozialdemokratie ernten und die Befragung entstehen, ihm über die Bewilligung des Budgets für seine verhältnismäßig vernünftige Haltung zu danken.“

Schwäbische Tagewacht: „Die Zustimmung der Sozialdemokraten zum Budget wird sich mit dem Wortlaut des Nürnbergger Parteitagbeschlusses schwer vereinbaren lassen. Es wird aber lässlich zu prüfen sein, ob unter den besonderen politischen Verhältnissen Badens ein Abweichen von jenem Beschluß sich rechtfertigt. Dabei wird insbesondere die Frage zu stellen sein, ob unsere badische Fraktion, die seit den letzten Wahlen zur Verhütung einer Zentrumshegemonie in allen größeren politischen Aufgaben mit den Liberalen zusammenarbeiten, bei der Schlußabstimmung diese Pflichten ausüben und die Annahme des Budgets von der Haltung des Zentrums abhängig machen sollte. Wir sind der Meinung, daß das nur im allerdingendsten Notfall geschehen dürfte. Wenn so unsere badischen Parteigenossen diese Budgetzustimmung als einen exceptionellen Fall betrachten und behandeln, so wird ihre Zustimmung in der Partei wenig Tadel finden.“

Fränkische Tagespost: „Es kann den badischen Genossen der Vorwurf der Nichtachtung von Parteitagbeschlüssen, der Verleugnung und Untergrabung der demokratischen Grundbedingungen der Partei usw. um so weniger gemacht werden, als sie mit der Mehrheit der anderen süddeutschen Delegierten auf dem Nürnbergger Parteitag ihm die Zuständigkeit für die Fragen der Landespolitik, bei aller Anerkennung, absperrten.“

Offenbacher Abendblatt: „Es wird unser Partei genossen geben, welche die Abstimmung unserer badischen Landtagsabgeordneten nicht so tragisch nehmen wie der Vorwärts. Uebrigens sind offene Beschlüsse gegen Parteibeschlüsse in unserer Partei doch nicht so selten, wie der Vorwärts glaubt. Heftige Auseinandersetzungen in der Partei können wie jetzt allerdings sehr leicht brauchen und auch deshalb hätten wir gewünscht, die badischen Genossen hätten die Veranlassung zu solchen vermieden.“ — Das ist die offene Proklamierung des Rechts auf Disziplinbruch!

Karlsruher Volksfreund: Die Frage: „Für oder gegen das Budget?“ war für die sozialdemokratische Fraktion

gleichbedeutend mit der Frage: „Für oder gegen das Interesse der sozialdemokratischen Partei und des badiischen Volkes, soweit es gewillt ist, der Herrschaftskonserverativen Reaktion Halt zu gebieten.“ Noch am Tage vor der Abstimmung hat die Fraktion entschlossen, gegen das Budget zu stimmen. Sie hatte Gründe, die eine solche Abstimmung gerechtfertigt hätten, wenn die politische Situation nicht im letzten Augenblicke eine entgegengelegte Abstimmung zu einer zwingenden politischen Pflicht gemacht hätte. Durch die erfolgreiche positive Mitarbeit und die frische Tat der sozialdemokratischen Fraktion, die auch von ihren erbittertesten Feinden unumwunden anerkannt werden muß, ist die Herrschaftskonserverative Reaktion in Baden arg ins Gedränge gekommen. Zum erstenmal ist es in Baden mit dem Großblock gelungen, der Reaktion eine aktionsfähige Mehrheit entgegenzusetzen, und zwar mit einem Erfolg, der weit über die Grenzen Badens hinaus von großer Bedeutung ist. Was dem Zentrum in der Zweiten Kammer nicht gelungen war, das wollten die konservativ-reaktionäre Junker in der Ersten Kammer bewerkstelligen: die Mittonsfähigkeit des Großblocks dadurch unmöglich zu machen, daß sie den Minister, der Anwartschaft hat, zukünftiger Staatsminister zu werden, und der dringend verdrängt ist, sich mit dem Großblock abfinden zu wollen, zu kürzen.

Seit Monaten ist es öffentliches Geheimnis, daß die Herrschaftskonserverative Reaktion Herrn v. Bodman daselbstes Schicksal zu bereiten beabsichtigt ist, dem seinerzeit Minister Schenk zum Opfer gefallen ist. Die Zentrumspresse hatte hinter ihm her, wie die Jagdhunde hinter einem angelegenen Wild. In der Ersten Kammer sollte der letzte tödliche Schuß abgefeuert werden. Die anderen Minister hatten alle ihre Gesandtschaften unter Dach und Fach gebracht. Herr v. Bodman hat dem Landtag die wichtigste Vorlage mit dem Gesandtschaften, betreffend die Reform der Gemeinde- und Städteordnung, vorgelegt. Gelingt es ihm nicht, ihn durchzubringen, dann ist seine Ministerlaufbahn ziemlich sicher abgeschlossen.

Am Donnerstag nachmittag sollte die Entscheidung fallen. Der brutale Klassenegoismus einiger „liberaler“ Kommerzienräte kam den Herrschaftskonserverativen Junkern zu Hilfe und so holte denn der ultramontane Junker v. Stöcking zu dem vernichtenden Schläge aus, indem er darauf abhob, daß die Sozialdemokratie, die er als eine schwere politische Krankheit charakterisierte, in Baden ungleich stärker gewachsen sei als im Reich. Das sei die Folge einmal der klugen Taktik des Revisionismus, der eine schleichende und daher noch gefährlichere Krankheit sei, wie der Radikalkommunismus in der Sozialdemokratie. Dann aber sah er die Schuld für dieses starke Wachstum der Sozialdemokratie auf die Konzeptionspolitik gegenüber, welche, wie sie insbesondere von dem Minister von Bodman betrieben wurde. Diesen charakterisierte er quasi als Führer des Großblocks und als Schrittmacher der Revolution, die unselbstbar komme, wenn mit der Konzeptionspolitik nicht baldigtig Schluss gemacht werde. Eine solche Konzeption sei auch die demokratische Ausgestaltung der Gemeinde- und Städteordnung, die den Einfluss der Sozialdemokratie steigere. Geschlossen stimmten die Junker deshalb gegen die Vorschläge der Kommission, um so das Gesetz und damit Herrn v. Bodman zu Fall zu bringen. Dieser antwortete nicht mit den sonst üblichen Phrasen und Entrüstung, sondern er legte ein politisches Glaubensbekenntnis ab, wie es bislang noch kein deutscher Minister abzugeben wagte. Er erklärte, daß er zwar manche der sozialdemokratischen Bestrebungen bekämpfe, so die gegen die Monarchie und gegen die Gesellschaftsordnung gerichtete; andere Bestrebungen der Sozialdemokratie dagegen seien berechtigt und die Staatsflugheit erfordere, diesen Bestrebungen entgegenzukommen. Wörtlich schloß er dann aus: „Die Sozialdemokratie ist eine großartige Bewegung zugunsten des vierten Standes, der gegenüber man prüfen, wägen und wagen müsse.“

Lokales.

Bant, 18. Juli.

Die Tagesordnung zur Amtsratsitzung, die am Mittwoch den 27. Juli hier stattfindet, wird im Anhangenteil der heutigen Nummer veröffentlicht. Wichtige Punkte sind zu heutigem.

Eine hübsche Suppe eingebracht haben die sogenannten Schiffsgehilfen schwarzer und blauer Couleur, die sich hier täglich acht zumstündlich nicht nur die Köpfe blutig schlagen, was weiter kein Maßstab gewesen wäre, sondern in einer Wirtschaft in der Grenzstraße in ihrer zünftigen Wut gegeneinander auch vieles kurz und klein machten. Mehrere Teilnehmer wurden daher eingesperrt und nun soll gegen sie ein Strafverfahren wegen Landfriedensbruchs anhängig gemacht werden. Das ist der Klimbin, dem die Schiffsgehilfen huldbig, wahrlich nicht wert.

Die sog. Schiffsgehilfen bilden noch eine altertümliche Vereinigung, ein Ueberbleibsel der mittelalterlichen Gesellenverbände. Während ehemals diese Gesellenverbände die Welt der Arbeiter anzeigten, weshalb oft gegen sie die Staatsmacht angewandt wurde, wurden sie im Zeitalter der Maschine und des Kapitalismus durch die modernen Gewerkschaften abgelöst. Die jetzt noch bestehenden Rudimente der ehemaligen Gesellenverbände, die Schiffsgehilfen, haben keine wirtschaftliche Bedeutung mehr. Sie machen es sich mit mehr oder weniger Brimborium lediglich zur Aufgabe, die Wandererschaft oder vielmehr das Leben auf der Herberge so angenehm als möglich zu gestalten. Je mehr die moderne Arbeiterbewegung in Arbeiterkreisen Platz greift, umso mehr wird der mittelalterliche Klimbin, der auch in den Wandererschaften noch in die Erscheinung tritt, verschwinden.

Ein wildgewordener Hochzeitstag. Am Sonnabend hat hier bei einer Hochzeit, während das Brautpaar auf dem Standesamte war, der Bruder der jungen Frau im Hochzeitssaule die ganze Hochzeitstafel kurz und klein geschlagen.

In Schmidts Sommergarten ist eine neue Künstlerkolonie eingezogen. Protongiert ist nur das Engagement der jugendlichen Soubrette Reichen Gölöner und der Vortragssoubrette Wilma Wödehard; beide hübsche Bühnenerfah-

nungen mit guter Vortragweise. Weiter finden wir die schnelle jugendliche Soubrette Diana Werdorf, das treffliche Gesangs- und Duettenspaar Gekwüster Casano und den Universal-Humoristen Jan Darsing. Die Herkellos geben im ersten Teil des Abends bewundernswerte Equilibristik und Pyramiden und im zweiten Teil ein gymnastisches Potpourri, an dem jeder Turner seine Freude hat. Die Attraktion des Abends ist der Rattenjäger mit seinen Ratten, Katzen und sonstigen Viehspeu. Aus allen Ecken der auf der Bühne aufgebauten Burg kommen die Ratten. Das Ganze macht hier unter den hohen lauschigen Bäumen einen besonders romanischen Eindruck. Der artistische Leiter und Bühnenleiter Juan Wehl sorgt mit seinen gefälligen, wirklich begabten Heimen und seinem trefflichen Witz und Humor ebenfalls für beste Stimmung. Schließlich ist noch der Musikmeister Wagenblat zu nennen, der für gute musikalische Begleitung und für Musikvortrüge sorgt. Alles in allem genommen ist's hier recht angenehm. Auch ist unfernen letzten Hinweits, ein möglichst dezentem Familienprogramm zu geben, Rechnung getragen. Besonders ist der Garten für Vereine Sonntags und Wochentagsabends ein schöner Platz für Zusammenkünfte. Mittwoch nachmittag finden hier wieder Kinderbelustigungen statt.

Gefunden wurde gestern Abend bei der Banter Mühle ein Jagdtierjag mit weißer Weste, sowie ein Paar Stiefel, in welchen die Stämpfe stecken. An der Hofe befand sich ein Postemonaie mit 35 M. Inhalt. Die Sachen sind auf dem Banter Rathaus in Empfang zu nehmen.

Drei Fährer gestohlen wurden in vergangener Nacht dem Löwenwirt.

Wilmshofen, 18. Juli.

Marinenaufmärsche. Am Donnerstag fand in der Wiker Nacht der Matrose Kampfung von der 4. Kompagnie der 1. Matrosen-Division in der Militär-Schützenanstalt beim Dacke statt. Die Verlaute, ist er im Wasser vom Schläge getroffen worden.

Der große Hamburger Transportdampfer Patricia war gestern das Ziel vieler Spaziergänger. So ein Riesen-dampfer ist besonders im Innern sehenswert. Die Besichtigung war in zuvorkommender Weise gestattet.

Ueber eine Matrosenschläge, die am Sonnabend hier stattfand, wird uns berichtet: Sechs bis acht Mann von der Besatzung des Hamburger Transportdampfers Patricia waren in stark anmiertem Zustande in einer Wirtschaft an der Rantensillstraße eingekerkert. Als dort eine Trostke vorfuhr, trieben die jedenfalls zum Amüsement an Land gegangenen Seelen, die zum Teil recht wenig sonntäglich gekleidet waren, allerhand Mollria. Einer delikte sogar den Trostkegang. Als sich das der Drohtenführer verbat, wurde dieser arg bedroht, lobad er schlüßten mußte. Auch ein dann requirierter Schutzmantel kam stark ins Gedränge und mußte sich ebenfalls rückwärts konzentrieren. Trotzdem er viele male drohte, von der Waffe Gebrauch machen zu müssen, ließen die Angreifer nicht von ihm ab und verfolgten ihn in einen Kaufmannsladen, wo er jedenfalls um Hilfe telephonieren wollte. Schließlich zog er blank und es floh Blut. Inzwischen war telephonisch weitere Polizei herbeigerufen. Schutleute kamen auf dem Rade und die Spitzen der Polizei im Automobil angefahren. Auch hatte ein Offizier die sich auf dem Kampfsplatz ansammelnden Mariner aufgefordert, dem Schutzmantel Hilfe zu leisten. Zwei Verwundete wurden ins Krankenhaus gebracht. Einige der Uebelthäter wurden verhaftet; ihnen wird der Prozeß gemacht.

Aus dem Lande.

Delmenhorst, 18. Juli.

Der 3. Oldenburgische Wahlkreis hielt gestern hierseits im Lokal des Wirts Meyer seine Konferenz ab. Anwesend waren außer dem Kreisvorsitzende 14 Delegierte, die 9 Orte vertraten, sowie der Reichstagskandidat, Parteisekretär Schulz-Bant. Die Verhandlungen wurden um 10 1/2 Uhr vormittags durch den Vorsitzenden, Gen. Jordan, eröffnet. In das Bureau wurden die Genossen Jordan, Delmenhorst, Denter, Wanderssee und Kojahn-Demweder gewählt. Aus dem Kreisvorsitzendebericht geht hervor, daß 80 Mitglieder- und 15 öffentliche Versammlungen abgehalten, ferner 12000 Flugblätter vertrieben wurden. Im Münsterlande gelang es, zu den bereits vorhandenen noch einige Stützpunkte zu gewinnen. Die vor einem Jahre geschaffene Kreisorganisation sei, wie der Bericht hervorhebt, so lange ein leeres Gebilde, als der Kreisvorsitzende nicht über bestimmte Mittel zur Agitation verfüge, und es sei Aufgabe dieser Konferenz, solche zu beschaffen. An den Bericht schloß sich eine rege Diskussion. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die sofort Vorschläge zur Beschaffung von Mitteln an den Kreisvorsitzenden unterbreite, welche dahin gingen, daß die Ortsvereine sofort einen Grundlohn schaffen durch Zahlung von 10 Pf. pro Mitglied und regelmäßige Abführung von 5 Prozent der Einnahme. Der Kommissionsantrag wurde einstimmig angenommen. Es folgte die Berichterstattung der Ortsvereine. Hense-Delmenhorst: Die schwachen Fortschritte in Delmenhorst seien auf innere Wirren zurückzuführen; jedoch könne er erst über eine kurze Amtszeit berichten und seien Vorschläge zur besseren Gestaltung vorhanden. Zur besseren Agitation sei die Stadt in Bezirke bzw. Distrikte eingeteilt. Redner gab dann ein umfassendes Bild der letzten Gemeinderatswahl, bei der nicht weniger als fünf Listen aufgestellt waren. — Denter-Wanderssee kann über eine gute Entwicklung des Vereins berichten; auch die Mitgliedererwartungen werden befriedigend besetzt. — Kojahn-Demweder gab ein ähnliches Bild der dortigen Bewegung. Er schilderte dann noch die harten Kämpfe bei den Gemeinderatswahlen. — Jastanau-Stemum lagte über schlechte Verhältnisse, in dem Mitgliederstand sei ein ziemlich Verlust zu verzeichnen; auch die Versammlungen seien schwach besetzt. Vor allem mangelte es in dem hier ausgedehnten Bezirk an geeigneten Personen, leider lehnen auch noch viele gewerkschaftlich Organisierte den Beitritt zur Partei ab. — Sandfuhr-Wödehard lagte ebenfalls über schwache Beteiligung am organisierten Leben; er erhofft von der Beschickung

Vorteile. — Sagedorn-Hanbergen dagegen berichtet über eine gute Entwicklung der Bewegung; auch bei der letzten Gemeinderatswahl habe die Partei zum ersten Male Vertreter erhalten. — Ueber eine befriedigende Entwicklung der Partei berichten auch die Vertreter des Münsterlandes. — Als Vorort des Kreises wurde darauf wieder Delmenhorst und als Vorhörer Genosse Jordan gewählt. Zum Landesparlament wurden keine Vorschläge gestellt. — Unter Punkt „Agitation“ wünschten die Genossen Woltjen und Sagedorn-Hanbergen eine schnellere Verbreitung der Flugblätterverbreitung und eine größere Zählungnahme des Kreisvorsitzenden mit den Ortsvereinen. Ein Antrag Hanbergen, begründet vom Genossen Woltjen, die Vorgänge in der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion in Delmenhorst betr., wurde nach kurzer Aussprache als erledigt betrachtet. Genosse Sagedorn wünschte die Abhaltung von Kommunalvertreter-Konferenzen. — Genosse Schulz-Bant gab dann in kurzen Zügen ein Bild der politischen Lage und wies auf die nächsten Reichstagswahlen hin, dabei ein Rückblick auf die Entwicklung der Parteibewegung vornehmend. Es sei noch sehr vieles zu wünschen übrig, namentlich müßten die persönlichen Beziehungen am Vororte aufhellen, aber es sei doch schon besser geworden. Gemeinamer, unedroffener Arbeit muß es gelingen, noch besseres zu erreichen. Mit einem Ueberblick über die geleistete Arbeit und einem Appell, unermüdet weiter zu arbeiten, schloß Genosse Jordan um 2 1/2 Uhr die Konferenz mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Aus den Vereinen.

Kreuzen, 18. Juli.

Der Viehwirtschaftliche Verein Kreuzenrod hat am Sonnabend seine halbjährliche Generalversammlung in Wahners Lokal ab. Aufgenommen wurden drei Herren als Mitglieder. Auf Anfrage von dem Reichstagskandidat für Erhaltung der Kurierfreiheit beschloß die Versammlung, der Viehwirtschaft soll sich mit den Viehwirtschaftlichen Vereinen von Wilmshofen, Heppens und Bant in Verbindung setzen und mit diesen Vereinen gemeinschaftlich eine Petition an den Reichstag in die Wege zu leiten.

Aus aller Welt.

Der dänische Kolonialbesuchler lag am Sonntag um 4 Uhr früh in Kopenhagen auf, überflog den Sund und landete nach 31 Minuten wohlbehalten bei Malmö.

Cholera. Die Stadt Tiflis ist für Choleragefährlich, das Gouvernement Tiflis und die Wolga von Kischynowgorod bis Astrachan sind für Cholera bedroht erklärt worden.

Neueste Nachrichten.

Belin, 18. Juli. Das Urtentat gegen den Fabrikanten Kraay in Rikensvade wird auf die Tat eines Dreifährigen zurückgeführt.

Bei Parkredorf entgleiste ein Personenzug. Zwölf Personen erlitten mehr oder weniger Verletzungen.

Böham, 18. Juli. Die beiden Bergleute, die seit fünf Tagen durch einen Streckenbruch von der Außenwelt abgeschnitten waren, sind endlich unversehrt zutage gefördert und ins Krankenhaus gebracht worden.

Paris, 18. Juli. Das nationalistische Syndikat der Eisenbahner beauftragte das Streikkomitee, einen möglichst kurzen und geeigneten Augenblick zu bestimmen, um gegen die Weigerung der Eisenbahngesellschaften, mit dem Syndikat über die auf dem letzten Kongreß der Angelegten aufgestellten Forderungen zu verhandeln, zu protestieren.

Bilbao, 18. Juli. Die Streikenden bemerken die Bureau der Gesellschaft mit Steinen und versuchten, mit Gewalt in die Mine einzudringen. Ein Streikender wurde dabei tödlich verwundet. In dem Bergarbeiterdorf Ortuella griffen die Ausständigen mehrere Posten an, die darauf Feuer gaben. Ein Mann wurde verwundet. Heute, Montag, soll der Generalstreik erklärt werden.

Melbourne, 18. Juli. Ein Expresszug fuhr auf einem dichtbesetzten Personenzug. Drei Wagen wurden zertrümmert. Acht Personen sind getötet, 30 verletzt.

Bluesfield, 18. Juli. Unter den Truppen des Präsidenten Marquez herrscht das gelbe Fieber.

Songkong, 18. Juli. Die portugiesischen Kanonenboote Patria und Macao erneuerten gestern Morgen die Beschließung des Ports Coloman. Der Kreuzer Reina Dona Amelia landete eine Truppenabteilung. Eine Flotte von 14 chinesischen Regierungsschiffen unterstützt die Portugiesen, um die Insel Coloman vollständig abzusperren. Der Kreuzer Vasco da Gama ist aus Japan zurückberufen worden und wird mit dem erwarteten Kreuzer Sao Gabriel sofort vorgehen.

Wetterbericht für den 19. Juli.

Schwachwindig, wollig, ziemlich warm und trocken, Gewitter nicht ausgeschlossen.

Schwasser.

Dienstag, 19. Juli: vormittags 10.52, nachmittags 11.23

Hausfrauen! 14 Pfennig soll in Rastingen-Wilmshofen laut Frauen-Versammlungsbeschluss die Rich im Sommer höchstens kosten — gegen möglichst sofortige Bezahlung. Keine zahl mehr! Man behelfe sich eventuell mit kondensierter Milch. Eine Sage es der andern!

Beantwort. Redakteur: D. Jacob in Bant. Verlag von Paul Sug in Bant. Rotationsdruck von Paul Sug & Co. in Bant.

Dierzu eine Beilage.

Vorteilhaftes Angebot in

Herren-Hosen

„ Ein grosser Posten „
Herren-Hosen
 gute Qualität . . . jetzt nur **3⁰⁰** M.
 Besonders **empfehlenswert** sind unsere

Spezial-Qualitäten . . . à 7,50, 6,90, 5,25, 5,00, **3⁵⁰** M.

Für jede Figur passende Hosen
 ————— stets fertig am Lager.

Grosse Auswahl besserer Hosen,
 modernste Dessins, bis zu **18.00.**

Bartsch & von der Brèlie.

Achtung!

Maurer u. Bauhilfsarbeiter!

Der Arbeitsnachweis des Arbeitgeber-
 Verbandes Rüstringen-Wilhelmsh. ist gesperrt.
Die Vorstände.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Rüstringen-Wilhelmshaven.

Unter diesjähr. Sommergegnügen

findet am
Samstag, den 31. Juli, in Knipphanen statt.

Der Abmarsch erfolgt mittags 12 1/2 Uhr vom Vereins-
 lokal (Zoo!) unter Vorantritt der Weichmüschschen Musik-
 kapelle. — Der Preis für die Teilnahmeskarte ist pro
 männlicher Teilnehmer auf **30 Pfg.** festgesetzt. Damen
 und Kinder sind frei.

Da die Befehlsführer, Frohmann u. Eichenlaub ihre Mitwirkung
 in Aussicht gestellt und auch der Befehl des Stabes Knipphanen keine Kosten und Mühe gescheut hat, verspricht
 auch der diesjährige Ausflug einen imposanten Verlauf zu
 nehmen. — Wir bitten unsere Mitglieder und alle Freunde
 der Arbeiterbewegung um recht zahlreiche Beteiligung.

Karten sind im Zoo!, bei **Halmeland** sowie bei allen
 Vertrauensleuten zu haben.

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokr. Verein
 Delmenhorst.

Mittwoch den 20. Juli cr.,
 abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

bei **H. Meier, Koppelstr.**
 Tagesordnung:
 1. Bericht der Stadtvertreter.
 2. Bericht von der Kreisversammlung.
 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
 Das Erscheinen aller Mitglieder
 ist Pflicht. **Der Vorstand.**

Jeverländer
 (Apotheker-Bittern)

Ist wegen seiner **appetitregenden**
und verdauungsfördernden Eigen-
 schaft ein **Wagenbitter** **ersten**
Ranges und ist bei Krankheiten der
 Verdauung wegen nicht genug zu
 empfehlen; derselbe sollte in keinem
 Haushalt fehlen. Niederlage für
Delmenhorst und Umgegend bei
Wilhelm Behrens,
Bier- und Eishandlung.

Zu verkaufen
 billig eine gutbehalt. Nähmaschine.
 Koonstraße 56, 1. Et. r.

Konjum- u. Sparverein

Unterwieser

e. G. m. b. H.
zu Bremerhaven.

Bekanntmachung.

Bant § 63 unseres Statuts ist
 durch Beschluß vom Vorstand und
 Aufsichtsrat die Höhe des bei der
 Warenentnahme zu entrichtenden

Rabattsparguthabens

für das jetzt am 1. Juli cr. begonnene
 neue Geschäftsjahr 1910/11 auf
 4 Prozent festgelegt.

Auf dieses Rabattsparguthaben
 haben die Mitglieder Rechtsanspruch
 und wird der Betrag nach Geschäfts-
 jahresabschluss und Abrechnung in-
 flussive einer auf Grund des Geschäfts-
 ergebnisses von der Generalversamm-
 lung eventuell zu beschließenden Rück-
 vergütung den Mitgliedern gutgebracht
 resp. ausbezahlt.
Der Vorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands
 Zweigverein Nordenham.

Mittwoch den 20. Juli cr., abends 8 1/2 Uhr
 beim Gastwirt Kohners:

Mitglieder-Versammlung

Inanbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen
 sämtlicher Verbandskollegen dringend erforderlich.

Der Vorstand.

Eberclean linen Co. m. b. H.
 Niederlage Bant i. Oldbg.

Abwaschbare Plättwäsche.



*Sie sehen mich täglich —
 und wissen es nicht!*

:: Ganz neue Erfindung. ::
Elastische Imprägnierung.

Kein Abplatzen oder Brechen der
 Imprägnierung mehr.

Jeder Kragen wird, sofern derselbe nicht wenigstens
 10 bis 12 Tage sich tadellos getragen hat, bereit-
 willigst ungetauscht.

Alleinverkauf für Bant, Wilhelmshaven und
Heppens bei

Otto Becker, Bant
 Wilhelmshavener Strasse 56.

Weinsteinsäure

garantiert rein und bleifrei, Pfund 1.60 M.

Essig, 1 Liter 20 Pfg. Weinessig, 1 Fl. 30 Pfg.
Essigessenz, 1 Fl. 55 Pfg. Kristallzucker, Pfd. 30 Pfg.
Korken, Pergamentpapier, Faden-Schwefel,
Flaschenlade, Flaschen-Kapseln, spanischer
„ Pfeffer, Cayenne-Pfeffer, Sahnzil. „

J. H. CASSENS

Bant, Peterstraße 42 und Schaar.

Arbeiter!

Abonniert das Nordd. Volksblatt!

Achtung! Maurer!

Dienstag den 19. Juli cr.,
 abends 8 1/2 Uhr

Versammlung

in **Sadewassers Zoo!**
 Pünktliches und vollständiges Er-
 scheinen erwartet

Der Vorstand.

Verband der
freien Gast- u. Schankwirte
Deutschlands.

Zahlstelle Rüstringen-Wilhelmshaven.

Dienstag den 19. Juli,
 nachm. 3 Uhr:

Versammlung

beim **Holl. Kranz, Marktstr.**
 Tages-Ordnung:
 Berichtserstattung vom Verbandslag.
 Vollständiges und pünktliches Er-
 scheinen ist notwendig.

Der Vorstand.

Gründung eines
Gesangvereins.

Personen, welche gewillt sind, einem
 Gesangsverein beizutreten, werden
 gebeten, sich am **Freitag den 22.**
d. Mts., abends 8 Uhr, im **Bremer**
Hof, Ecke Mithrasstr. und Bremer
Strasse, einzufinden.

W. Abrahams.

Banter Volksküche.

Wellenstraße.
 Dienstag: Einsetzen mit Wurst.

Verreißt bis 27. Juli.

R. Zerluss, Dentist.

Zu verkaufen
Glucke mit Küfen.

Siederburg, Fredeborgrtr. 5b, 1. Tr.

Todes-Anzeige.

Sonabend den 16. d. Mts.,
 nachm. 7 1/2 Uhr, starb nach
 langen, schwerem Leiden mein
 innigstgeliebter Mann, meiner
 Kinder treuversorgender Vater,
 unter guter Sohn, Bruder,
 Schwager und Onkel

Johann Edzards

im Alter von 38 Jahren, was
 tiefbetrübt mit der Bitte um
 stille Teilnahme, auch im Namen
 der Hinterbliebenen, zur An-
 zeige bringe.

Marie Edzards geb. Jürgens.
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch den 20. d. M., nach-
 mittags 2 1/2 Uhr, vom West-
 frankenhause aus statt.

Der Staat, die Industrie und der Sozialismus.

Unter diesem Titel erscheint soeben in Verlage von Raden u. Co. die erste Broschüre einer Sammlung aus der jeder des Genossen Barons. Die erste Broschüre trägt den Sondertitel: Das soziale Problem unserer Zeit. In fünf bis sechs Wochen soll die zweite Broschüre folgen mit dem Titel: Die Banken, der Staat und die Industrie, nach Ablauf derselben folgt die dritte Broschüre mit dem Titel: Die Verstaatlichung der Banken und der Sozialismus. Der Preis der ersten Broschüre beträgt 40 Pf.

Zugleich erscheinen bereits jetzt die drei Broschüren in einer besseren Ausgabe zusammengefaßt als Buch im Preise zu 3 Mark.

Ueber die Aufgabe, die er sich bei dieser Arbeit gestellt hat, schreibt der Verfasser wie folgt:

„Das Proletariat hat über ein halbes Jahrhundert gebraucht, um sich selbst, seine Klassenstellung in der kapitalistischen Gesellschaft kennen zu lernen. Das war für die Arbeiter das geistige Ergebnis der bürgerlichen Revolutionen, die sie durchgemacht hatten. Ebensoviel Zeit verging, bis das Proletariat das innere Getriebe der kapitalistischen Staatspolitik erfaßt hat. Das ist die Erzeugnisse, die uns die Periode des Parlamentarismus hinterläßt. Daß der Staat die politische Organisation der Klassenherrschaft darstellt, wußten wir längst; aber zwischen dieser Grundidee und dem Durchdringen der kapitalistischen Staatspolitik in all ihren Tiefen und Verzweigungen liegt eine Welt der materiellen Kämpfe und geistigen Erkenntnis. Das nächste, was nun tut, ist ein ebenso tiefes geistiges Durchdringen der kapitalistischen Produktion. Ihr Grundgesetz ist die Mehrwertbildung — das bildet die Grundlage unserer Agitation. Doch das allein genügt uns nicht mehr. Wir müssen die inneren Beziehungen des kapitalistischen Weltmarktes ebenso geistig beherrschen wie den Parlamentarismus, wie die kapitalistische Staatsmaschinerie.

Dazu führt uns der fortschreitende und sich stetig erweiternde proletarische Klassenkampf. Die Tätigkeit in den Parlamenten stellt die Sozialdemokratie vor Aufgaben der Handelspolitik, vor die großen Probleme der Weltproduktion. Die Provinzvertretungen, in Deutschland die Landtage, die Gemeindevertretungen, besonders in den Großstädten, bringen die Sozialdemokratie in innige Berührung mit den sozialen Erfordernissen der Produktion, des Verkehrs, der Industrie, des Kapitalmarktes. Diesen Dingen gegenüber ist der Standpunkt des Lohnkampfes allein viel zu eng, der sozial-revolutionäre Kampf gegen den kapitalistischen Staat viel zu allgemein: sie erfordern soziale Gesichtspunkte und erfordern Einsicht in das innere Getriebe der kapitalistischen Produktion. Durch die Konsumvereine greifen die Arbeiter selbst in die kapitalistische Geschäftstätigkeit ein. Das wichtigste aber ist, daß die Gewerkschaften durch die Entwicklung ihrer Kämpfe, in denen das Zufällige und Persönliche immer mehr abgetrennt wird, vor die großen Befehle der kapitalistischen Konkurrenz gestellt werden.

Für den Theoretiker entspringt daraus die Aufgabe, die Erfahrungen der praktischen Kämpfe in ihrer Grundidee zusammenzufassen, das Ganze vom Gesichtspunkte der sozial-revolutionären Entwicklung zu beleuchten und daraufhin die Ideen der sozialen Revolution weiter.

Ueber die Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes vollzieht sich innerhalb der kapitalistischen Entwicklung. Wir sind nicht allein fortgeschritten, sondern auch die kapitalistische Produktion. Ohne in ihren Grundzügen geändert worden zu sein, sieht die kapitalistische Welt jetzt anders aus, als zur Zeit der ersten Veröffentlichung des kommunistischen Manifestes. Gewaltige Kapitalkonzentrationen haben sich vollzogen, die das, was damals als Tendenz erklaren war, vor unseren Augen zur Wirklichkeit gestalten, die nun ihrer eigenen Tendenzen entwidelt. So sind wir aus dem Zeitalter der Konkurrenz in das Zeitalter der Monopole hinübergegangt.

Es ist deshalb schon lange ein sowohl von der Sozialdemokratie wie von den Gewerkschaften empfundenes Bedürfnis, sich über diese modernen kapitalistischen Bindungen — es gehören dazu, neben den Kartellen, Syndikaten, Trusts, besonders die Effektenbanken — Klarheit zu verschaffen. Wir kommen in dem Maße, wie diese kapitalistischen Neubildungen sich geltend machen und unter ihrem Einfluß gemaltete wirtschaftliche und politische Machtverhältnisse sich vollziehen, mit unserer allgemeinen Gegnerschaft gegen die kapitalistische Produktionsweise nicht mehr aus, wir müssen ihre inneren Beziehungen kennen lernen, um sie wirksam zu bekämpfen.

Das bezieht sich sowohl auf den Tageskampf wie auf die großen Kämpfe der Revolution. Außerdem ist der Unterschied zwischen beiden im Bewußtsein begriffen. Das ist das Ergebnis sowohl der kapitalistischen Produktionsentwicklung wie der Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes. Die erstere bringt uns die Probleme der Verwaltung der Produktion und der Organisation des gesellschaftlichen Bedarfs als Gegenwartsfragen, die, wenn nicht vom Staat, dann vom konzentrierten Kapital gelöst werden; die zweite macht, indem sie das organisierte Proletariat der organisierten Kapitalistenklasse gegenüberstellt, die Lohnkämpfe zu Kämpfen um den Mehrwert, die Rechtskämpfe zu Kämpfen um die politische Macht. Angesichts dieser Zulassung der Verhältnisse können wir unsere Gegner nicht mehr mit dem „Zukunftisstaat“ verdrängen, sondern wir müssen eine offene und begründete Antwort geben, wie wir denn die großen Fragen der Produktion, des Verkehrs, des

Handels lösen wollen, mit deren Lösung durch die kapitalistische Gesellschaft wir unzufrieden sind. Die soziale Revolution ist nicht mehr bloß ein Gerechtigkeitswunsch des Proletariats, sie ist eine geschichtliche Tatsache, die in allen Verhältnissen der Produktion sich mit Gewalt ankündigt, und wir müssen verstehen, diesen Prozeß aufzudecken, wenn wir ihn zielbewußt leiten wollen.

Alles in eins gefaßt, ist der leitende Gedanke dieser Sammlung, den wirtschaftlichen Ideengehalt unserer Agitation den Forderungen der Realität anzupassen. Das ist die Richtlinie; das Programm selbst ist so umfassend, daß es gemäß nicht in der Kraft des einzelnen liegt, es zu erfüllen. Es sind neue wirtschaftliche Momente entstanden, die erforscht werden müssen; ein neues Tatsachenmaterial hat sich angeammelt, das die alten Bekanntschaften des Sozialismus unterläßt und neu belebt — wer auf dieses Forschungsgebiet sich begibt, kann aus dem Vollen schöpfen.

Jede Broschüre behandelt ein eigenes Thema; sie sind aber miteinander innig verbunden durch die Zusammenhänge der kapitalistischen Produktion und darum durch den fortlaufend durch alle Verhältnisse durchzuführenden Beweis der Unvermeidlichkeit, Zweckmäßigkeit, Durchführbarkeit und des nahen Herantretens der sozialen Revolution.

Gewerkschaftliches.

Die Klempnergehilfen einschließlich Werkstattklempner und Hilfsarbeiter von Wilhelmshaven-Rättingen befinden sich im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz. Die Gewerkschaftszentrale der Schweiz, der Schweizerische Gewerkschaftsbund, muß auch für das verfloßene Jahr 1909 einen kleinen Rückgang in der Mitgliederzahl berichten, der den Nachwirkungen der letzten Krise zugeschrieben ist. Der Gesamtmitgliedsbestand betrug, einschließlich 4075 weiblichen Mitgliedern, 66 174 am Jahresanfang 1909, gegen 69 250 am Schluß des Jahres 1908 und 77 619 am Schluß des Jahres 1907. Der Verlust bezieht sich in den letzten drei Jahren auf insgesamt 11 445 oder 14,7 Proz. im Jahre 1909 allein auf 3076 oder 4,4 Proz. Die größten Verbände sind die der Metallarbeiter mit 13 149 Mitgliedern, die Uhrmacher mit rund 11 500 und die Holzarbeiter mit 6514 Mitgliedern. Die übrigen 17 dem Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Verbände zählen weniger wie 5000 Mitglieder.

Kommunales.

Fremdsprachenunterricht in der Volksschule. Um den Schülern der Volksschule die Möglichkeit der Erlernung fremder Sprachen zu geben, hat sich in Mainz ein Schulverein gebildet. Bei genügender Anmeldung soll die Stadterwaltung angegangen werden, das Unterrichten zu unterstützen.

Die Errichtung eines neuen Wasserwerks befohlen die Stadterwaltung in Hanau. Das Werk, das im Wilhelmshaber Walde errichtet werden soll, wird 550 000 Mark kosten.

Soziales.

Sant, 18. Juli.

Eine Million Dollar als Erfinderlohn. Der Preis von einer runden Million Dollar erwartet den glücklichen Erfinder, dem es gelingt, einen Apparat zu konstruieren, der den Schmelzhitzenrauch vergehen wird. Derartige Vorrichtungen, so sagt das Technical World Magazine, sind bereits mit Erfolg in vielen großen Städten angebracht, aber in allen diesen Fällen kommt der Rauch von einfachen Öfen her, die nichts als Kohle oder Holz verbrennen. Schmelzhitzenrauch jedoch enthält Gase, die von dem Schmelzen der Metalle herühren, und die jetzt ist es dem menschlichen Verstande nicht gelungen, ein Mittel zu finden, das die giftigen Wirkungen des Rauches, der die Atmosphäre um ein jedes Schmelzwerk herum verpestet, aushebt. Der Preis von einer Million Dollar für den erfolgreichen Erfinder ist kein Märchen, denn die großen Hüttengehilfen der Vereinigten Staaten haben bereits unzählige Male diese Summe ausgegeben für Prozesse und Entschädigungen an Beschädigte und unzufriedene Nachbarn. Vor einem Jahre hat die Guggenheim-Allianz, die fast den ganzen Schmelzhitzenrauch kontrolliert, 500 000 Dollar für einen brauchbaren Rauchverzehrer angeboten und der Preis ist nunmehr, wenn auch unoffiziell, von der Amalgamated Copper Company, der einige der größten Schmelzhitzenwerke der Welt gehören, verdoppelt worden. Erst kürzlich wurde eine Hütte im Werte von acht Millionen Dollar von der Bevölkerung Liabs geschlossen, weil die Rauchplage untragbar war.

Wilhelmshaven, 18. Juli.

Der Landwehbezirk 1 Oldenburg umfaßt nach den neuesten Bestimmungen das Jagdgebiet und die Aemter Barel, Jero, Rättingen, Butjadingen, Brake, Closteth, Deimelshorst.

Marinennachrichten. Der Transportdampfer Patricia mit dem heimkehrenden Abflugstransport des Kreuzergeschwaders, dem die Cormoran-Abteilung, sowie einige Offiziere, Beamte und Rannschaften des Gouvernements Kreuzschiff angegeschlossen waren, traf am Freitag Abend hier auf der See ein und passierte am Sonnabend früh um 6 Uhr mit Hochwasser die dritte Hafeneinfahrt. Die Gesamtsärke des heimgekehrten Transports betrug 40 Offiziere und Beamte, 43 Deckoffiziere, 256 Unteroffiziere, 990 Mann und ein Zielperson, zusammen 1330 Köpfe. —

Der Transportdampfer Patricia verließ Wilhelmshaven am 18. April d. J. und traf Ende Mai in Tjingtau ein. Nach stattgefundenem Belagungsaustrausch der Schiffe trat die Patricia am 3. Juni von dort die Heimreise über Singapur, Colombo, Suez und Port Said an.

Halten derzüge auf freier Strecke. Häufig ist Klage darüber geführt worden, daß das Zugbegleitpersonal es an der Unterrichtung der Reisenden fehlen läßt, wenn ein Zug auf freier Strecke zum Halten gebracht ist. Der preussische Eisenbahnminister hat darauf nach der Schließung Zeitung angeordnet, daß in solchen Fällen zur Beruhigung der Reisenden die Ursache des Ausenthaltes, soweit sie dem Personal bekannt ist, in angemessener Weise mitzuteilen ist. Da das Personal über die Ursache des Haltens selbst nicht unterrichtet oder ist der Zug vor einem Hauptsignal zum Halten gekommen, so ist auch dies in geeigneter Weise bekannt zu geben. Die Eisenbahndirektionen sind ferner angewiesen worden, bei dieser Gelegenheit auch die einschlägigen Bestimmungen der Unfallmelde- und Fahrtenvorschriften in Erinnerung zu bringen, wonach die Stationen, die eine Betriebsstörungsmeldung erhalten, ungesäumt die Störungen öffentlich bekannt zu machen und die im Personenzugdienst beschäftigten Bediensteten einschließlich der Personale der Station haltenden Personenzüge zu unterrichten haben, sowie den Reisenden von allen Beamten bereitwillig Auskunft über derartige Vorkommnisse zu erteilen ist.

Verband der Privat-Theater-Vereine Deutschland, e. V., Sitz Berlin. Am 20. 21. und 22. August d. J. hält der Verband seinen 18. Verbandstag in Remscheid im Rheinland ab, wozu alle dramatischen Vereine Deutschlands — auch solche, die dem Verbands noch nicht angehören — eingeladen werden, Vertreter zu entsenden. Dieser alljährlich stattfindende Dilettantenkongreß soll auch nach außen hin zeigen, daß das ernste Schreiben der Theater-Vereine, zur Erweiterung der allgemeinen Volksbildung beizutragen, von seinen Mitgliedern aufs eifrigste gepflegt wird. Der Verband zählt zur Zeit über 150 Vereine, sowie 75 Personalmitglieder, welche sich auf über 100 Orte Deutschlands verteilen. Für den vierjährlich zu zahlenden Beitrag von 2,50 Mk. steht den angeschlossenen Vereinen die dem Verbands gehörende eigene Bibliothek von rund 600 dramatischen Werken mit ausgeschriebenen kompletten Rollen- und Rollenmaterial, sowie über 1000 Textbücher, Fachschriften u. zur Verfügung. Der Verband behält sein Organisationssein eigenes Fachorgan, die „Privat-Bühne“, welche inhaltlich speziell technische Fragen und belehrende Aufsätze über den dramatischen Dilettantismus bringt. Vereine, sowie Interessenten, welche gern weitere Auskunft wünschen, werden gebeten, sich an den ersten Verbandsvorsitzenden, Richard Carl Schmidt, Berlin O. 17, Am Schlegelischen Bahnhof 2, oder an den Schriftführer Franz Bahl, Berlin N. 4, Borjstraße 2, zu wenden.

Aus dem Lande.

Dangastermoor, 18. Juli.

Der Soj. Wahlverein für die Landgemeinde Barel hielt am Sonnabend im Fürsten Bismarck eine gut besuchte außerordentliche Versammlung ab. Aufgenommen wurden ein Genosse und zwei Genossinnen. Genosse Ludef-Bremen hielt einen interessanten Vortrag über den Klassenkampf des Proletariats, der beifällig aufgenommen wurde.

Barel, 18. Juli.

Das gestrige Gewerkschaftsfest verlief in schönster Weise. Im Festzuge waren 17 Fahnen. Die Festrede des Arbeiterssekretärs Schrader aus Hannover wurde beifällig aufgenommen. In verschiedenen Straßen hatte die Bürgerchaft die Häuser geschmückt.

Anmeldungen für die Groß-, Baumgewerkschaft und Maschinenbauerschule für das nächste Semester müssen vor dem 1. August bewirkt werden. Die Lehranstalt besteht, wie schon der Name erkennen läßt, aus zwei separaten Abteilungen. Die eine davon ist die Maschinenbauerschule; hier werden Werkmeister, Techniker, Betriebsleiter und Konstrukteure ausgebildet und künftige Fabrikanten, Schlosser- und Schmiedemeister mit allen nötigen Kenntnissen für den selbständigen Betrieb ihres Gewerbes ausgerüstet. Die andere Abteilung, die Baugewerkschaft, umfaßt zwei Unterabteilungen; davon ist die Hochbauabteilung für künftige Baugewerksmeister, Maurer- und Zimmermeister, Bauunternehmer, Bauaufseher und Bautechniker bestimmt; in der Tiefbauabteilung dagegen lernen künftige Tiefbautechniker und Unternehmer von Straßen, Fluß- und Kanalanlagen und Eisenbahnen, auch spätere Bahnammeister und andere Beamte im Eisenbahnbau. Genauere Auskunft über Lehrpläne, Prüfungsordnung usw. gibt das Programm, das auf Verlangen den Interessenten zugesandt wird.

Tot im Bett aufgefunden wurde am Sonntag morgen der Schlachter Friedrich Lüben, bekannt unter dem Namen „Baddi Lüben“. Ein Schlaganfall hatte seinem Leben ein Ende gesetzt.

Ausgeschrieben werden die Arbeiten und Lieferungen zum Erweiterungsbau des St. Johannes-Hospitals, und zwar Erd- und Mauerarbeiten, Zementlieferung, Zimmerarbeiten, Holzlieferung, Dachdecker- und Dachklempnerarbeiten. Die Offerten für die Erd- und Mauerarbeiten sind bis 22. und für die anderen Arbeiten bis zum 25. d. Mts. einzureichen.

Oldenburg, 18. Juli.

Eine Vollerversammlung der Handwerksammer findet am Donnerstag, den 4. August vormittags 10 Uhr im Versammlungssaale des Landesgewerbevereins in Oldenburg statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Tätigkeits-

★ Feuilleton. ★

Im Dunkel.

Erzählung von Gustav Janzon.

Uebersetzung aus dem Schwedischen von H. Eitjohann.

(34. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Das war eine alte, oft gestellte Forderung. Niemand verleugnete öffentlich das Berechtigte eines solchen Anspruchs, und viele Stimmen wurden zugunsten desselben laut. Trotz der Gefährlichkeit, die an gewissen Punkten dem Kampf sein Gepräge geben, schien man doch bald einig werden zu können. Das große Publikum, dieser unbestimmbare Kollektivbegriff, sah einen Augenblick von seinen eigenen Angelegenheiten auf und wußte freundlich seinen Beifall. „Das ist ja recht und billig“, so hätte man seine Gedanken ausdrücken können — „bewilligt ihnen das doch und laßt uns andere in Frieden.“

Das war ein Lichtstrahl, eine frohe Botschaft, eine Lösung. Die bekommenen Brüst konnte wieder aufbauen und vieler Orts sah man den Kampf bereits als beendet an. Mehrere Aktionäre jener Grube, die von dem Unglück betroffen worden, hielten eine außerordentliche Versammlung ab und boten eine größere Summe für die nötigen Reparaturen an. Gleichzeitig äußerten sie den Wunsch, der Betrieb möge unmittelbar wieder aufgenommen werden. Von der Hauptstadt war es eine leichte Sache gewesen, das Telegramm, das diese Worte enthielt, der Grubenverwaltung zu senden. Der Direktor zeigte es dem alten Juristen, der gegen seinen Willen, länger als er es anfangs beabsichtigt, seine Abreise hatte verzögern müssen. Die beiden Herren sahen sich schweigend an und sahen schweigend wieder weg. Was hätten sie auch sagen sollen?

Es kam zum Wasserversittand. Nachdem sich das erste Aufsehen der Arbeiter gelegt hatte, schien es, als ob sie wieder an die Arbeit gehen wollten. Da wurde unerwartet ein schmeiender Winkton laut. Die Zeitung, die die Grubenverwaltung großer Gefährlichkeit bezeugt hatte, verlangte unparteiische Untersuchung. Ohne weiter zu überlegen, was eine derartige Forderung für Konsequenzen zeitigen würde, pflichteten viele ihr darin bei. Falls wirklich ein Verstoß in die Veranlassung der Katastrophe gewesen, war man doch eigentlich verpflichtet, für diese Untersuchung zu stimmen. Mit Rücksicht auf ehrenhafte und gesunde Geschäftsprinzipien schien sie dringend geboten, es galt die Ehre aller Industriellen, die Wohlthat des Landes. Viele und schöne Worte wurden bei dieser Gelegenheit geäußert, und es wäre auch ungerecht gewesen, hätte man ihre Aufmerksamkeit in Zweifel ziehen wollen.

Trotzdem fanden sie weder Verständnis noch Beifall. Der Vorschlag, eine Untersuchung anstellen zu lassen, schien die Klippe zu sein, an der alles scheitern sollte. Von vielen Seiten wurden Stimmen dagegen laut und die Heißsporne unter ihnen nannten die Anfrage wegen Gefährlichkeit eine Inkompetenz. Ruhig und sachlich wies man dagegen andere nach, daß technische Schwierigkeiten unmöglich dieser Untersuchung unüberwindliche Hindernisse in den Weg legen würden. Vor allen Dingen gelte es jetzt, zu helfen und auszugleichen. Das große Publikum, zu dessen Bezeichnung dies geschrieben und gedruckt wurde, fand alles recht und klug.

Der Streik ging weiter. Weder Grubende, Beweise oder Drohungen machten Eindruck auf die Grubenarbeiter. Die Woche, die seit dem Ausbruch des Aufstandes verfloßen, war für manche eine harte Prüfung gewesen, aber die Arbeiter ertrugen diese ständige Feiertage mit einem Gleichmut, der vieler Orts Kernernis erregte, besonders, wenn man das Ganze im Lichte jenes letzten wahrhaftigen Vorgehens an der Grube, in der die Explosion stattgefunden, betrachtete.

Sobald man etwischen gelernt, daß die Streikenden allen Vorstellungen unzugänglich waren, schlug die Stimmung um. Mit kalter Ueberlegenheit wurde nachgewiesen, daß ein Grubenarbeiterstreik doch nur bis zu einem gewissen Grade Einfluß auf die ökonomische Lage des Landes ausübe. Er trieb die Kohlenpreise um ein geringes in die Höhe; denn man importierte natürlich aus andern Ländern; das war alles. Dieser Gedanke traf den Lebensnerv des Streiks und die vorhin so schweigenden Massen ließen ein erstauntes Murren hören. Aber die Bewegung kam mit einem neuen Witz aus der Gewitterwolke. Die Transportarbeiter streikten. Von einem gewissen Tag an wurde keine Kohlenkaufel mehr angefaßt, kein Saal mehr geboden. Die Eisenbahnzüge schleppen endlose Reihen von Kohlenwägen über die Grenze, Dampfer, deren ganze Ladung aus Feuerung bestand, lagen in allen Hafenplätzen und warteten, aber keine Hand fand sich bereit, zu löschen und etwas davon von der Stelle zu befördern. Der Zeitpunkt, an dem die Fabriken aus Mangel an Kohlen ihren Betrieb einstellen mußten, war in absehbarer Nähe gerückt.

Der Streik war zum hundertarmigen Volpp geworden. Bisher hatte er nur einen Arm benützt, jetzt redete er seinen zweiten, und unter seinem Griff erlahmte die Industrie eines ganzen Landes.

In der Zwischenzeit hatte sich allerlei an jener Grube ereignet, von der der stündende Funke gekommen war. Der Morgen nach jener Nacht, in der der heftige Ausbruch von Zerschlagungswut stattgefunden, kam grau und trübe herauf. In den Arbeiterbaracken herrschte Latenzstille, ein wirklich unheimliches Schweigen. Niemand verließ sein ärmliches Lager, niemand ging über die dünnen Fußböden, kein Ton wurde hörbar. Im Laufe des Vormittags wurde es anders. Die Gebäude wurden von Wäldern umstellt und die Polizei nahm eine Hausdurchsuchung vor. Das hysterische Mädchen wurde herausgetragen und in einen Wagen gebracht, vermutlich, um es in ein Hof für Geisteskrante zu überführen. Niemand hatte Zeit, sich um ihr Schicksal zu kümmern, nie-

mand fragte danach. Der Arbeiter, der am Rande des Schachtes die Kameraden, den einen nach dem andern, aufgezählt und zuletzt auf sich selbst gewiesen hatte, wurde verhaftet. Er galt als Rädelshörer und die Polizisten versicherten, daß ihm eine strenge Strafe gewiß sei. Niemand bedauerte ihn, jeder dachte nur an sich selbst, denn ruhigte sich ausschließlich nur wegen des eigenen Schicksals. Die Leute hegten nur den einen Wunsch: diese Männer, die sich so sicher und gebietend in ihren Räumen bewegten, möchten sich baldmöglichst ihres Auftrages entledigen und sich wieder entfernen.

In weniger als einer Stunde hatten die Hüter der Ordnung ihren Rundgang durch die Baracken beendet. Sie hatten noch einige Wälder erwischt, die gleichzeitig mit der Kranken fortgebracht wurden. Mit ihnen ein paar verwaiste Kinder, die niemand zu sich nehmen wollte. Darauf gingen die Polizisten ihres Weges.

Aber in die Baracken kam wieder Leben und Bewegung, nachdem die Gefahr überstanden. Türen schlugen, Türen und Treppen knarnten unter schweren Tritten, dazwischen schallten dumpe Stimmen und große Rufe. Ueberall standen Männer beisammen und redeten eifrig darüber, wie man die Sache eigentlich hätte anfangen sollen. Daneben lärmten die Weiber und überall wimmelte es von Kindern, die den Tonfall und die Gebärden der Erwachsenen nachahmten. Draußen gab es in Strömen vom Himmel.

Auf dem Plage vor dem Verwaltungsgebäude arbeiteten drei Leute, um die Spuren der nächtlichen Verwüstung zu verwischen. Drinnen im Kontor lohen ein Duzend Zeitungs-korrespondenten mit ihren Notizbüchern und neugespizten Bleistiften. Der Ingenieur mit der bairischen Stimme berichtete über die Ereignisse der letzten vierundzwanzig Stunden. Seine männlich brutale Sinnenart und seine herbe Sprache bürgten dafür, daß die Referate die richtige Färbung erhielten. Hinter ihm stand der Kontorchef und stützte sich auf eine Doppelfeiste; er bedauerte aufrichtig, daß sich für diese keine Verwendung gefunden.

Oben in dem privaten Arbeitszimmer des Direktors sah der alte Jurist und schrieb seinen Rapport. Er hatte zu viel gesehen, um sich über irgend etwas zu wundern. Aber als er die Ueberlagen der nächtlichen Tollwut erklären sollte, legte er die Feder beiseite. Er, der sonst niemals in Verlegenheit geriet, sobald es darauf ankam, das richtige Wort zu finden, jubelte jetzt vergeblich danach. Er schrieb seinen Bericht in dem trockenen Rangleistil, der ihm geläufig war.

Als er damit fertig war, lächelte er vieldeutig und suchte die Schultern. Es war etwas ganz anderes, als das, was er eigentlich hatte schreiben wollen, aber . . . wieder suchte er die Schultern und meinte:

„Das Unerbittliche des Berichts ist die Sache des Ministers. Was ich tun konnte, habe ich getan.“

Um dem Minister die Arbeit zu erleichtern, schrieb er indes einen Privatbrief an den vortragenden Rat, mit dem er sich über die Angelegenheiten der Grube besprochen, und wies wegen ausführlicher Nachrichten auf die Sonntagsnummern einiger gut geführter Zeitungen hin. Sobald er seine Korrespondenz beendet hatte, fragte er nach dem Direktor.

Der war in die Stadt gefahren. Die Polizeibehörde, die um weitere Exzesse zu verhindern, bei dieser Gelegenheit nicht durch die Finger sah, hatte es eilig mit Zeugenvernehmungen und Aufnahme der Anklageakten und hatten deswegen um das persönliche Erscheinen des Direktors eilich.

Der alte Herr nickte. Er fand es ganz in der Ordnung. Nach einer Weile fuhr er ebenfalls in die Stadt und suchte den Baron auf.

„Nun?“ fragte der alte Jurist in wohlwollendem Ton.

Der Baron schüttelte mähmüthig den Kopf.

„Wollen Sie irgend etwas bei der Sache tun?“ meinte der alte Herr weiter.

„Was kann ein einzelner in solchen Fällen wie diesen denn ausrichten?“

„Freilich, freilich, ganz richtig“, sagte der Jurist freundlich und sagte tröstend hinzu:

„Gar nichts . . . absolut gar nichts.“

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Brüssel und seine Weltausstellung.

Vlaanderen von W. D.

I.

Mag es auch mit vollem Rechte nicht mehr für geschmackvoll gelten, dem Leser mit einem Zitat an den Hals zu springen, tragt ihm eine kurze sachliche Einleitung zu servieren, so kann ich mir heute doch nicht helfen: ich muß in die alte Geschmackslosigkeit zurückfallen. Ich muß sie sogar in verdoppelter Dosis anwenden, indem ich dem arglösen Leser gleich zwei Zitate verlese. Beide aus Faust. Das eine:

Zwar weiß ich viel,
Doch nicht ich alles wissen.

Das andere:

Wie wird von alledem so dumm,
Wo ging mir ein Wäldchen im Kopfe herum.

Das erste stimmt nicht ganz. Wenigstens behaupten alle, denen das Malheur zugefallen ist, mich näher kennen zu lernen, mit dem Wissen sei es so weit nicht her. Um so sicherer trifft das zweite zu. Das kann ich bejahen, ohne daß Sidder hätte neidisch zu werden brauchen. Und wer schon einmal in seinem Leben eine Wöde lang Ausstellungsbesuch durchkosten mußte, wird mir verständnisvoll beipflichten. Denn wenn man Tag für Tag von früh bis abends einen

Ausstellungslokal nach dem anderen, eine Halle nach der anderen verläuft hat und mit allen darin aufgestellten Maschinen, Geräten, Zeichnungen, Modellen und Produkten, mit allen herumwimmelnden Menschen, allen Geräuschen und Geräuschen, der weiß, daß man dann schließlich überhaupt nichts mehr sieht, nichts mehr hört, riecht oder fühlt, nichts mehr denken kann. Nur das besagte Wäldchen rollt dann noch deutlich vernehmbar im Kopfe herum. — So ergiebt es jedem und bei jeder Ausstellung aufs neue. Mein Wäldchen ist jetzt bereits vom vierten Male in Tätigkeit getreten: 1873 in Wien, 1889 und 1900 in Paris und nun hier in Brüssel. Doch damit es nicht auch in den Köpfen derer zu rumoren beginnt, die diese Berichte verbaufen sollen — solche Wäldchen sind nämlich übertragbar — wollen wir nun höchst von vorn anfangen. Also zunächst Brüssel selbst.

Brüssel.

Wie es sich für eine anständige Haupt- und Residenzstadt schickt, liegt Brüssel ziemlich genau in der Mitte von Belgien, das zwischen Nordseefranreich und Holland eingebettet ist und mit seinen 7,5 Millionen Einwohnern ungefähr die doppelte Größe des Königreichs Sachsen besitzt.

Das eigentliche Brüssel zählt nur 200 000 Einwohner. Aber neun andere Gemeinden bilden mit der Stadt ein einheitliches Häusermeer, wenn auch jede dieser Gemeinden selbständig veraltet wird. Und diese Gesamtstadt, welche gemeinhin als Brüssel schlechthin bezeichnet wird — nur die Einheimischen unterscheiden zwischen Brüssel und Laeken, Schaerbeek, Ixelles, St. Gilles und wie die einzelnen Stadtteile alle heißen —, zählt allerdings reichlich 650 000 Einwohner. Es liegt somit in Brüssel daselbe Verhältnis vor wie in London, das gleichfalls aus Duzenden von einzelnen mit teilweise selbständigen Verwaltungen besteht, aber trotzdem unter der einheitlichen Bezeichnung London gebuddelt wird.

Wer zu Scherzen aufgeleitet ist, könnte jedem mit Erfolg entgegenreten, der von sich behauptet, er sei auf einem Bahnhofe in Brüssel angekommen. Denn das eigentliche Brüssel weist keinen Bahnhof auf. Der Nordbahnhof liegt wie der Südbahnhof außerhalb der breiten Boulevards, die sich rings um das eigentliche Brüssel ziehen und mit ihrem zwölft, vier ja sechsfachen Baumreihen sich dort erheben, wo vor Jahrhunderten trostige Festungswälle hinter tiefen und breiten Schützgräben gestanden haben. Brüssel kam auf eine reiche Geschichte zurückzusehen. Schon vor neunhundert Jahren wurde die Stadt mit Mauern umgeben, deren letzte Reste noch heute zu sehen sind. Seit Jahrzehnten werden fleißig die alten, willkürlichen Stadtviertel weggerissen, und neue, schmucke Straßenzüge sind errichtet. Doch ganz lassen sich die Spuren alter Zeit nicht verwischen. Noch heute finden sich in der inneren Stadt erstaunlich enge Gäßchen mit Höfen, in die kaum je ein Sonnenstrahl sich verirrt, und mit Wohnungen, bei deren Anblick jeder Gesundheitskommissar die Hände zusammenschlagen würde.

Die schnell aus dem Boden schließenden Aufseimertel der Stadt entsprechen in ihrem Bau sämtlich den Anforderungen der Neuzeit. Angenehm fällt auf, daß auch hier keine der jämmerlichen Mietkasernen zu sehen sind. Das hängt damit zusammen, daß in Brüssel die industriellen Großbetriebe nicht vorherrschen. Nirgends erhebt sich ein Wald von Fabriksschornsteinen, wie in deutschen Industriestädten; nur hier und da ragt in Brüssel ein solcher kapitalistischer Zeigefinger in die Höhe und verquälmt mit dem ausgepielten Kausche die Umgebung.

Hervorragende Bauwerke wäken in reicher Zahl zu nennen. Sie finden sich zumeist in der Oberstadt, dem eigentlichen Brüssel, von dem aus ziemlich abschüssige Straßen nach den Boulevards und der Unterstadt führen. Der riesigste Bau ist der Justizpalast. Er steht auf dem höchsten Hügelrücken der Stadt, erhebt sich mit seiner gewaltigen Kuppel 97,5 Meter über den Erdboden, bedeckt eine Fläche von 246 Hektar, umfaßt über 200 Zimmer, 27 große Sitzungssäle, 8 Höfe, schier unzählige Korridore, Gänge und Nebentreppen, außer der riesigen Haupttreppe, die mit ihren 171 Stufen zur mächtigen Wandelhalle führt, hat 50 Millionen Francs (40 Millionen Mark) an Baukosten verschlungen und wird von den Beschauern stolz als das größte Gebäude der Welt bezeichnet. Er ist vor 25 Jahren nach 17jähriger Bauzeit vollendet worden, präsentiert sich in reicher, klarer Gliederung und erinnert in seiner Architektur an altägyptische und babylonische Bauwerke. Daß die im Justizpalast geübte Rechtspflege so rein wäre wie der Stil des Gebäudes, kann nicht behauptet werden, wenn auch die belgische Justiz infolge der demokratischeren Grundgesetze Belgiens nicht im gleichen Umfange wie in Deutschland als bequemes Instrument der Klassenherrschaft benutzbar ist. — Höfliche Parks mit Spielplätzen für die Kinder sind in allen Teilen der Stadt zu finden. In der Nähe des Schlosses, des Kathanales und anderer öffentlicher Gebäude erheben sich Denkmäler für Gottfried von Bouillon, für Gnamont und Hoorn und andere Männer, die in der Geschichte des Landes eine Rolle gespielt haben. Besonders interessant ist für Bauwerksverliebte die Grotte, in der die vielen alten Kirchen gehalten sind. Eine Kirche ist neuerdings vom Magistrat wegen Bauwerklichkeit geschlossen worden. Sie dient jetzt zu kinematographischen Aufführungen.

Ueber das Leben und Treiben in Brüssel wird bei anderer Gelegenheit noch einiges zu sagen sein. Der Gesamt-eindruck, den die Stadt macht, ist jedenfalls ein recht angenehmer und erinnert ebensowohl an Budapest wie an Kopenhagen oder Stockholm.

(Fortsetzung folgt.)

Die Zentralbibliothek

Kann, Weststraße 20, ist geöffnet Mittwochs und Freitags abends von 7 1/2 bis 9 Uhr und Sonntags vormittags von 10 bis 12 Uhr.

Trost & Wehlau
Schuhmachereimeister
Bant, Wilhelmsh. Str. 70
Fernsprecher 267
Wilhelmsh., Moonstr. 71a
Fernsprecher 352
halten sich bei Bedarf in **Schuhwaren** bestens empfohlen.

Bekanntmachung.

Am **Mittwoch den 27. d. M.**, nachmittags 3 Uhr, findet eine außerordentliche Versammlung des Amstrates im Rathaussaal in Bant statt.

- Tages-Ordnung: —
1. Wahl eines Amtsvorstandsmittglides.
 2. Wahl eines Mitgliedes des Brandkasse-Ausschusses und eines Stellvertreters für diesen.
 3. Anstellung eines neuen Amtsverbands-Rechnungsführers zum 1. August 1910.
 4. Einrichtung des Desinfektionswagens.
 5. Beitrag zur Seebereinigungsanstalt.
 6. Bewilligung einer Ehrengabe S. M. S. Oldenburg.
 7. Ausbau der Sommer III und IV in Heppens.
 8. Statut, betr. Renovations-Bau- und Erneuerungsfonds.
 9. Anleihe zur Uebernahme des Wasserwerkes.
 10. Vorschlag für das Wasserwerk für die Zeit vom 1. Juli 1910 bis 30. April 1911.
 11. Vertrag mit der Bremisch-Hannoverschen Kleinbahngesellschaft A.-G. in Frankfurt a. M. wegen Uebernahme einer elektrischen Straßenbahn in Wilhelmshaven Nürtingen.
 12. Verschiedenes.
- Bant, den 15. Juli 1910.
Der Vorsitzende des Amstrats.
Hug.

Bekanntmachung.

Der Stadtmagistrat hat mit Zustimmung des Stadtrats und Genehmigung des Großherzoglichen Amtes Nürtingen folgendes Polizeiverbot erlassen:

- § 1.
Sprengstoffe darf an Kinder unter 14 Jahren auf oder an öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen nicht verkauft werden.
- § 2.
Zwischenhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mk. oder im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.
- Heppens, den 15. Juli 1910.
Stadtmagistrat

Wohnhaus

in Bant, gut verzinst, zu kaufen gesucht. Bevorzugt Nähe des Hafens. Offerten unter **Sh. 100** an die Exp. d. Bl. erbeten.

Zu verkaufen Bauplätze

von 60 Pf. bis 150 Mk. à qm, belegen in Schotens, Ostern und Heidmühle. Reflektanten wollen sich ehestens melden.

Ostern. Fritz Hasfen.
Fernspr. 343, Jever.

Trost & Wehlau
Schuhmachereimeister
führen **Schuhwaren** von den einfachsten bis zu den elegantesten in nur moderner, gut passenden Formen. Speziell außerordentlich gut gearbeitete **Schuhstiefel** für Herren und Mädchen

Sauerfohl ff.
1 Pfund . . . 5 Pf.
J. H. Cassons in Bant.



Abteilung! Fischverkauf!

Dienstag früh findet Ecke Moon- und Konigsstraße und Heppens, Güterstraße 23, neben Restaurant Flora, von 8 Uhr ab **grosser Seefisch-Verkauf** statt. Lebendfrische Ware. Sehr billige Preise.

Großfeinere Schellfisch

2-4 Pfund	20-22
mittel	18-20
Bratschellfisch	12-15
Rochscholle	30
Bratschollen, großmittel	25
Bratschollen, kleine	18-20
Scharbenzunge	25-30
Rabblau und Seelachs	12-25
Syringe	Duzend 50-60

Transportable Akkumulatoren - Batterien
werden sauber u. billig geladen.
Reparatur z. Selbstkostenpreis.
Sadewassers Elektrizitätswerk Heppens, Güterstraße.

Zu vermieten
dreiräumige 1. Etagenwohnung und eine vieräum. Parterre-Wohnung an kleinere Familie auf sofort od. später Grenzstraße 62. — Näheres beim Hauswart **Stührenborg.**

Zu vermieten
vieräum. Parterre-Wohnung Grenzstraße 86 zum 1. August od. später. Näh. beim Hauswart **de Groot.**

Zu vermieten
schöne vieräum. Wohnung, 3. Etage zum 1. August.
Bismarckstr. 91, 2. Etg. I.

Gesucht auf sofort 10 Maurer
auf dauernde Beschäftigung.
A. Stührenberg, Schweiburg.

Erdarbeiter gesucht.
Gustav Carlens, Baugehäft, Heppens.

Ehrliches Mädchen
von 16-17 Jahren zum 1. August gesucht.
Fran Glowacki, Wilhelmshavener Straße 34.

Gesucht auf sofort ein schulfreier Laufbursche
Webr. Fränkel.

Gesucht
ein **Schuhmachereigefelle.**
M. Kaufmann, Bant, Werfstraße 12.

Gesucht
ein älteres, in allen Hausarbeiten erfahrenes, braves **Hausmädchen** bei 25 Mk. Monatslohn z. 1. August
Frau J. V. Garmis in Bant, Wilhelmsh. Straße 76.

Dreher, Werkmeister, Schlosser, Ingenieur, Mechaniker, Techniker aus allen Fabriken und Werkstätten u. erhalten lohnenden unauffälligen Nebenverdienst beim Vertretung. **Gesf. Off. u. R. 19377 an Haasenstein & Vogler, M.-G. Halle a. S.**

Gesucht ein Kutscher.

Arbeiter-Turner-Bund
11. Kreis 1. Bezirk.

Am Sonntag den 24. Juli cr. in Varel i. O. in sämtlichen Lokalitäten des Hotels Schütting:
..... Zweites

Bezirks-Turnfest.

— Das Fest besteht in —
Festzug, Konzert, Festrede, Schauturnen und Ball,
ferner Volksbelustigungen aller Art, Preis-kegeln, Preisknobeln und Preisringwerfen für Damen und Herren.
Aufstellen d. Festzuges nachm. 1 Uhr in d. Bahnhofstr. Das Wertungsturnen der Vereine beginnt morg. 8 Uhr.
Entree im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 40 Pf. Tanzband 1 Mk. — Kassenöffnung nachm. 1 1/2 Uhr, Anfang 2 Uhr. — Beginn des Balles nachm. 4 Uhr in beiden Sälen. — Um zahlreichen Besuch bittet
Der Bezirksvorstand.

Schuhwaren
aus bestem Material, gut gearbeitet, in allen Sorten und Größen bei billigen, festen Preisen empfiehlt bestens
W. Schalos, Varel, Schüttingstr.
Bei Barzahlung 5 Proz. Rabatt!

Buchdruckerei Paul Hug & Co., Bant
Peterstrasse 20-22 — Fernsprecher 58
Filiale: Heppens, Ulmenstr. 24 - Fernsprecher 530.

P. P.
Hiernit gestatten wir uns, allen Privaten, sowie den Herren Geschäftsinhabern, Vereinen und Gewerkschaften unsere
Buch- und Akzidenz-Druckerei
in empfehlende Erinnerung zu bringen.
Da unsere Offizin mit den neuesten Schriften und Maschinen ausgestattet ist, sind wir in der Lage, sämtliche vorkommenden Druckarbeiten, wie Werke, Kataloge, Zeitschriften, Flugblätter, Festzeitungen, Geschäftskarten, Briefbogen, Fakturen, Koverts, Zirkulare, Karten aller Art, Plakate etc. schnell, sauber und preiswert ausführen zu können. Mit Mustern und Preisberechnungen stehen wir jederzeit gerne zu Diensten.
Hochachtungsvoll
Buchdruckerei Paul Hug & Co.

Unsere Filiale, Heppens, Ulmenstrasse 24
Fernsprecher Nr. 530
hält Lager aller Utensilien für Kontor und Schule.
Annahmestelle für Inserate und Drucksachen.

Banter Konsum- und Sparverein
e. G. m. b. H., Bant.
Die geehrten Mitglieder werden dringend ersucht, monatlich die kleinen Marken gegen große in den Verkaufsstellen umzutauschen.
Der Vorstand.

Trost & Wehlau
Schuhmachereimeister
führen nur erstklassige
Schuhwaren
für deren Güte und Haltbarkeit unbedingt garantiert wird.

Sehr zarte grüne Bohnen
Pfund 30 Pf.
Weißkohl von 12 Pf. an, echten Münch. Bierrettig
Stück 10-25 Pf.
empfiehlt

Spezialhaus Wolf,
Marktstr. 24 = Telefon 777.

Graue Erbsen
1 Pfund 10 Pf.
J. H. Cassons,
Schaar u. Bant, Peterstr. 42.

Ideal der Frau
gesundheitl. v. höchstem hygienischem Wert. —
Spülapparat „Frauenheil“ Mk. 4.
Irrigatoren etc. iuss. prakt. u. bequem.
Weser-Drogerie
E. Oie,
Nordenham, Vienenstr. 9

Konsum- u. Sparverein
für Bant und Umgegend
e. G. m. b. H.
Wir empfehlen unseren Mitgliedern unsere

Sparkasse
zur fleissigen Benutzung.
Einzlagen werden mit **4 Proz.** verzinst. Täglich geöffnet vorm. von 10 1/2 bis 12 1/2 Uhr, nachm. von 3 1/2 bis 5 Uhr.
Der Vorstand.

Billig zu verkaufen
Stühle mit Säul- u. Nischelaufsatz à 3 Mk., Sofa mit 3 Mk., ein Bettstelle 2 Mk. Heppens, Schulstr. 9, 1. Et.

Ankauf
von altem Eisen, Kupfer, Messing, Zinn, Zinn, Staniol, Blei, sowie Lampen, Gummiabfällen und Champagnerflaschen. **Zahle dafür stets die höchsten Preise.** Auf Wunsch hole es aus dem Hause ab.

S. Reisner,
Heppens, Lundenh. 4.
Telephon 672.

Zwei Jagdgewehre billig abzugeben.
Güterstraße 49, 3. Et. z.

Gutes Herrenrad für 25 Mk. zu verkaufen.
Wilhelmsh. Straße 66, Hinterh.

Mähmaschine vor- u. rückwärts fahend, tonlos, billig zu verkaufen.
Bant, Werfstraße 72, II L.

Billetblocks bei Paul Hug & Co.
Bant, Peterstraße.

Trost & Wehlau
Schuhmachereimeister
haben eine große **Werkstatt** im Hause, wo jede **Reparatur** sowie **Anfertigung** nach Maß, speziell für **ranke** und **empfindliche** Füße, in kürzester Zeit ausgeführt wird.